Entwicklungspolitisches Engagement in Freiburg im Breisgau.

Eine gesamtstädtische Bestandsaufnahme

Judith Altrogge
Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis 4

Tabellenverzeichnis 5

Textbox-Verzeichnis 5

Grußwort 6

1. Einführung: UN-Nachhaltigkeitsziele, kommunale Entwicklungspolitik und die Zivilgesellschaft 8

Auftrag und Konzeption 11

Definitionen: Entwicklung & Zivilgesellschaft 11

Methodik der Erhebungen und Auswertung 13

2. Empirische Analyse 15

2.1 Zivilgesellschaftliches Engagement 15

Die Gruppen und ihre Mitglieder 16

Finanz- und Förderstrukturen 18

Aktivitäten & Themen 20

Das Freiburger Eine-Welt-Engagement und die SDGs 23

Regionalbezüge, Partnerstrukturen und Austausch im Ausland 25

Stand und Bedarf an lokaler Vernetzung, Austausch und Kooperation 29

Zusammenarbeit mit der Freiburger Stadtverwaltung 31

Diskussion der Umfrageergebnisse 33

2.2 Entwicklungspolitisches Engagement der Stadtverwaltung 36

2.3 Überregionale Organisationen und Bildungseinrichtungen 38

3. Fazit und Ausblick 43

Literaturverzeichnis 45

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen
Abb. 2: Formale Organisation
Abb. 3: Gründungsjahr
Abb. 4: Mitgliederzahl
Abb. 5: Primärer sozialer Kontext der Mitglieder
Abb. 6: Jährliches Budget im Durchschnitt der drei letzten Jahre
Abb. 7: Inanspruchnahme von Budgetquellen
Abb. 8: Inanspruchnahme von Förderinstitutionen unter extern geförderten Gruppen
Abb. 9: Gründe, wieso keine externen Mittel vorhanden sind
Abb. 10: Relevanz einzelner Einkommensquellen bei Gruppen ohne externe Förderquellen
Abb. 11: Relevanz einzelner Einkommensquellen bei Gruppen mit externen Fördermitteln
Abb. 12: Tätigkeitsfelder
Abb. 13: Themenschwerpunkte
Abb. 14: Themen zusammengefasst in Bereiche
Abb. 15: SDG-Bezug
Abb. 16: SDG-Matching
Abb. 17: Kontinentalschwerpunkte
Abb. 18: Bezugsländer und -kontinente
Abb. 19: Finanzielle und/oder fachliche Zusammenarbeit
Abb. 20: Unterstützung und/oder Austausch
Abb. 21: Stand der eigenen Vernetzung gewichtet, zusammengefasst
Abb. 22: Stand von Austausch und Vernetzung in verschiedenen Dimensionen
Abb. 23: Bedarf an Austausch und Vernetzung in Freiburg/Regio, gewichtet, zusammengefasst
Abb. 24: Bedarf an Austausch und Vernetzung in Freiburg/Regio in verschiedenen Dimensionen
Abb. 25: Bisherige Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Freiburg
Abb. 26: Intensität des Kontakts zur Stadtverwaltung Freiburg
Abb. 27: Ergebnisse einer Dialogveranstaltung von Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Die 7 häufigsten Themenbearbeitungen von Gruppen mit und ohne Projektarbeit im Partnerland

Textbox-Verzeichnis

Textbox 1: Kommunale Entwicklungspolitik
Textbox 2: Migrant_innen im entwicklungspolitischen Fokus
Textbox 3: Beispiele für Motivation für zivilgesellschaftliches Engagement
Textbox 4: Beispiele für Erfahrungen mit externen Fördermitteln
Textbox 5: Beispiele dafür, was Gruppen in der internationalen Vernetzung bzw. Partnerschaft wichtig ist
Textbox 6: Beispiele für Anregungen hinsichtlich zivilgesellschaftlichen Austauschs und Vernetzung in Freiburg/Regio
Textbox 7: Beispiele für politische Forderungen für globale Verantwortung an städtisches Engagement
Textbox 8: Beispiele für konkrete Anregungen für gemeinsames Engagement
Textbox 9: Kritische Blickwinkel auf die bisherige Zusammenarbeit mit der Stadt
Textbox 10: Hochschulen & Bildungseinrichtungen
Textbox 11: Gemeinnützige Organisationen
Textbox 12: Das „Reallabor Zukunftsstadt“

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Engagierte,

so wie die Städte weltweit wachsen, so wächst auch ihre Bedeutung. Sie vertreten einen immer größeren Teil der Bevölkerung dieses Planeten. Daher kommt ihnen auch eine wachsende Verantwortung zu – für eine globale nachhaltige Entwicklung.

Die Städte müssen als Schlüsselakteure ihren Beitrag leisten, um konkret vor Ort ihren Einwohnerinnen und Einwohnern ein lebenswertes Umfeld bieten zu können. Dazu müssen sie unter anderem die Mobilität ihrer Einwohnerschaft noch besser organisieren, im Bereich Migration und Integration gute Lösungen finden, den demografischen Wandel meistern, sich den drängenden urbanen Abfall- und Recyclingfragen stellen und zugleich den Klimawandel im Auge behalten.

Dabei muss das Rad nicht laufend neu erfunden werden: Um voneinander zu lernen und die Fehler der Anderen nicht selbst zu wiederholen, müssen sich die Städte und Kommunen der Zukunft besser vernetzen, ihr Wissen zusammentragen und Synergien nutzen. Dabei kommt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, europäisch wie international, wachsende Bedeutung zu.

Die Agenda 2030 aus dem Jahr 2015 widmet eines ihrer 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung von Städten. Und die „New Urban Agenda“ vom Oktober 2016, die auf der dritten HABITAT-Konferenz verabschiedet wurde, formuliert Leitlinien für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Dazu gehört, dass die Städte und Kommunen der sogenannten „ersten Welt“ Verantwortung übernehmen – mit globalen Partnerschaften auf lokaler Ebene mit Städten aus Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die Stadt Freiburg leistet hier bereits einen Beitrag: Nach einem mehrjährigen Projekt zur Trinkwasserversorgung in ihrer Partnerstadt Wiwilí im Norden Nicaraguas wird nun gemeinsam an der Verbesserung des Abwassermanagements gearbeitet. Und auch mit Freiburgs Partnerstadt Lviv in der Ukraine wurden bereits mehrere Projekte gemeinsam realisiert. Denn eine zukunftsorientierte Nachhaltigkeitspolitik, wie sie sich Freiburg auf die Fahnen geschrieben hat, muss über die Stadtgrenze hinaus gedacht werden.

Um gemeinsam mit seinen Partnerstädten eine global nachhaltige Entwicklung voranzubringen, organisierte die Stadt Freiburg im Oktober 2018 mit der ISC18 eine Internationale Städtepartnerkonferenz zu dem Thema. Auch bei dieser Veranstaltung hat sich deutlich gezeigt: Durch transkommunale Zusammenarbeit und globale Städtepartnerschaften werden Wissen und Potentiale gebündelt und Erfahrungen über alle Grenzen hinweg ausgetauscht – zum gegenseitigen Nutzen aller Beteiligten. Denn Lösungsansätze für weltweite Herausforderungen sind lokal zu finden, aber nicht nur hier in Deutschland – sondern über den Globus verteilt!

Der Austausch von Wissen, Erfahrung und innovativen Lösungsstrategien für urbane Herausforderungen zwischen den Städten kann zugleich auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen. Solche Partnerschaften bieten Möglichkeiten, die auf höherer, zwischenstaatlicher Ebene kaum zu realisieren sind: unmittelbare Begegnungen auf Augenhöhe, über die kommunalen Funktionsträger hinaus vor allem auch direkt in der Zivilgesellschaft verankert, über Vereine oder private Aktionen von Bürgerinnen und Bürgern, oftmals basierend auf persönlichen Kontakten. Solche Initiativen „von unten“ bilden einen zentralen Bestandteil des Gesamtbildes der kommunalen Entwicklungspolitik.

Um dieses bürgerschaftliche Engagement zu fördern, soll in Freiburg die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung im Entwicklungsbereich ausgebaut werden. Die Anliegen und Verbesserungsvorschläge der verschiedenen Gruppierungen wurden daher in einer Umfrage ermittelt. Eine Auswertung und Analyse dieser Befragung bilden die Grundlage, um darauf eine Strategie für die künftige Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung aufzubauen. Ziel muss sein, die Freiburger Entwicklungspolitik gemeinsam zu stärken, transparent zu gestalten und mit gezielter Förderung und einem intensiven Austausch nachhaltige Entwicklungsprozesse bei uns vor Ort wie auch weltweit voran zu treiben.

Da die vorliegende Publikation mit ihrer umfassenden Bestandsaufnahme dazu einen wesentlichen Beitrag leistet, möchte ich mich bei allen Beteiligten, beim Referat für Internationale Kontakte und vor allem beim Team des Arnold Bergstraesser Instituts als Projektpartner herzlich für diesen arbeitsintensiven Aufschlag bedanken. Ein Dank geht außerdem an alle, die sich so gewissenhaft an der Umfrage beteiligt haben.

M. Horn

Martin W. W. Horn
Oberbürgermeister der Stadt Freiburg

1. Einführung: UN-Nachhaltigkeitsziele, kommunale Entwicklungspolitik und die Zivilgesellschaft

Im September 2015 wurden auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen (UN) die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) verabschiedet. Diese 17 Nachhaltigkeitsziele sind das Kernstück der „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ der UN. Sie schaffen einen universell gültigen Rahmen für die weltweite ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung bis zum Jahr 2030. Ihnen liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass die Welt vor komplexen Herausforderungen steht. Nur durch weitreichende globale Transformationen können die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Grundlagen der Erdbevölkerung nachhaltig erhalten und damit die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen gesichert werden.

Die Interdependenz wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Prozesse wird in der Agenda 2030 hervorgehoben. Die Ziele decken ein breites Spektrum klima- und umweltpolitischer Themen ebenso ab wie ökonomische und soziale Entwicklungen (siehe Abb. 1). Durch diese Ganzheitlichkeit und viele Kreuzverweise zwischen den Oberzielen und ihren 169 Unterzielen werden die komplexen Zusammenhänge zwischen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Prozessen konzeptionell aufgegriffen. Auch die Globalität der Zusammenhänge erkennen die Ziele an und weisen dementsprechend auf Entwicklungsversäumnisse im „globalen Norden“ wie auch im „globalen Süden“ hin. Umfassende Entwicklungsprozesse sind in allen Ländern notwendig, nicht nur in den bisher als „Entwicklungsländer“ verstandenen Staaten.

Für die Entwicklung der SDGs wurden die globale Umweltpolitik und die globale Entwicklungspolitik auf UN-Ebene weiter miteinander verbunden. Mit einer UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro wurde dieser Prozess bereits 1992 angestoßen. Jedoch wurde die internationale Entwicklungspolitik relativ unabhängig vom Rio-Prozess ausgehandelt und verfolgt. Beispielsweise richteten sich sieben der acht „Millennium Development Goals“, die bis 2015 als Vorgängerinnen der SDGs verfolgt wurden, ausschließlich an Entwicklungsländer und waren in Umweltthemen nur schwach ausgeprägt (vgl. Martens 2017, S. 117).

Die derzeitigen globalen Entwicklungsherausforderungen können aber nicht allein auf politischer Ebene gelöst werden. Um die ambitionierten Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, müssen staatliche und nichtstaatliche Akteure in Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten (United Nations 2015). Bereits im Aushandlungsprozess der SDGs hat die globale Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle eingenommen. Stärker als je zuvor konnte sie sich in den Formulierungsprozess der Ziele einbringen. Dabei hat die globale Zivilgesellschaft durch ihren stetigen Diskurs über die Notwendigkeit gesellschaftlichen Wandels in Industrienationen die Agenda der SDGs inhaltlich entscheidend mit geprägt (vgl. Eberlei 2015). Über dieses Agenda-Setting hinaus leisten große Nicht-Regierungsorganisationen ebenso wie lokale Initiativen bereits seit langem erhebliches Engagement, das zur Bearbeitung der SDGs beiträgt. Ein Erfolg der Agenda 2030 ist dementsprechend für die Bundesregierung „ohne die engagierten und signifikanten Beiträge der Zivilgesellschaft kaum denkbar“ (Die Bundesregierung 2016, S. 47).

Auch Kommunen kommt eine wichtige Rolle in der Umsetzung der Ziele zu – als staatliche Verwaltungsebene ebenso wie als Wohnstätte der Mehrheit der Weltbevölkerung. Städte sind die Orte, „an denen der Kampf für nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren“ (BMZ 2018) werde, wie der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon bereits 2012 erklärte. Sie sind Brennglas sozialer, ökologischer oder wirtschaftlicher Nachhaltigkeitsherausforderungen. Eines der Ziele ist daher direkt der nachhaltigen Stadtentwicklung gewidmet (SDG 11). Jedoch umfasst jedes der 17 Ziele Aspekte, die die lokale Ebene betreffen und dort politisch umgesetzt werden müssen (UN Global Taskforce 2016, S. 6). Für Städte bedeutet dies, ihr gesamtes politisches Handeln vor dem Hintergrund der SDGs zu reflektieren und umzugestalten (vgl. Die Bundesregierung 2016, S. 238).

Mittlerweile haben sich in zahlreichen deutschen Städten Initiativen zur Agenda 2030 und den SDGs gebildet. So wurden in Freiburg die städtischen Nachhaltigkeitsziele an die UN-Nachhaltigkeitsziele angepasst. Freiburgs Oberbürgermeister (Dr. Dieter Salomon) beteiligte sich außerdem an der Erarbeitung strategischer Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen im Rahmen des „OB-Dialogs ‚Nachhaltige Stadt‘“, der vom Rat für Nachhaltige Entwicklung als einem Beratergremium der Bundesregierung initiiert wurde. In dem Prozess setzen sich Bürgermeister_innen, die sich bereits herausragend mit Ideen der Nachhaltigkeit auseinandersetzen, unter anderem dafür ein, Nachhaltigkeit „zur Chefsache zu machen“ und als Querschnittsthema in Politik und Verwaltung zu verankern (Rat für Nachhaltige Entwicklung 2015).

Neben der „Kommunalisierung der SDGs“, also deren Übertragung auf die lokale Ebene, tragen Städte auch eine Mitverantwortung für die Verfolgung der UN-Nachhaltigkeitsziele auf internationaler Ebene (vgl. Umweltbundesamt 2017, S. 28). Dies spiegelt sich in zwei von drei Dimensionen für Nachhaltigkeitsmaßnahmen: Neben Maßnahmen in Deutschland und für Nachhaltigkeit in Deutschland sind ebenso Maßnahmen in Deutschland mit Auswirkungen im Ausland sowie bilaterale Maßnahmen in Kooperation mit anderen Ländern notwendig (Die Bundesregierung 2016, S. 12).

Auf der kommunalen Ebene müssen dementsprechend negative externe Effekte – vor allem des Produzierens und Konsumierens im städtischen Beschaffungswesen und in der Stadtbevölkerung – vermindert werden, um eine nachhaltige Entwicklung andernorts nicht zu beeinträchtigen. Im Rahmen bilateraler Kooperationen durch kommunale Entwicklungspartnerschaften können die SDGs systematisch und gemeinsam mit Partnerstädten bearbeitet werden. In der Zusammenarbeit und Förderung lokal ansässiger zivilgesellschaftlicher Gruppen im entwicklungspolitischen Bereich liegt ebenfalls großes Potenzial, um beide internationalen Dimensionen intensiver zu verfolgen. Durch ihre räumliche Nähe hat die städtische Politik das Potenzial persönlicheren Zugangs zur Zivilgesellschaft als ein Bundesland oder die bundesstaatliche Ebene. Damit können besonders hier durch direkten Austausch und Zusammenarbeit die politischen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Beiträge zu den SDGs gestärkt werden (Die Bundesregierung 2016, S. 46).

Die Mittel für kommunale Entwicklungspolitik, als einem Bereich, der nicht zum Kerngeschäft kommunaler Zuständigkeiten zählt, wurden in jüngerer Zeit erheblich ausgebaut. Für das BMZ stellt das „Subsidiaritätsprinzip“, also die Entwicklungspolitik unterhalb der bundespolitischen Ebene, zum Beispiel durch Kommunen und Zivilgesellschaft, einen von sechs Ansatzpunkten für eine „Entwicklungspolitik 2030“ (BMZ 2018, S. 6) dar. 2016 stellte das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik fest, dass die notwendige innerstädtische Partizipation für städtische SDG-Governance bisher unzureichend

1 Armut in jeder Form und überall beenden.

2 Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.

3 Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.

4 Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern.

5 Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen.

6 Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.

7 Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern.

8 Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.

9 Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.

10 Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern.

11 Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen.

12 Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen.

13 Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (derzeit keine nationalen Daten).

14 Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.

15 Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen.

16 Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

17 Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.

Abb. 1: Die „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen

(Quelle: https://www.destatis.de/DE/UeberUns/UnsereAufgaben/InternationaleKooperation/Agenda2030/SDG_lang.html)

durch neue Kooperationsräume und Partnerschaften ausgeschöpft würde (vgl. Dick 2016, S. 4). Lokale zivilgesellschaftliche Initiativen bieten sich hierfür an, durch bestehende Aktivitäten im internationalen Raum, aber auch durch Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit und politische Beteiligung und Lobbyarbeit für globale Verantwortung von Städten im Inland.

Auftrag und Konzeption

Die Freiburger Stadtverwaltung baut ihre Verantwortung in der Umsetzung der Agenda 2030 im Bereich kommunaler Entwicklungspolitik weiter aus (siehe Textbox 1). Hierfür strebt sie eine intensivere Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren an. Neue Formen der Zusammenarbeit zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements zu etablieren stellt eine der zentralen Herausforderungen für nachhaltige Stadtpolitik dar, wie der interministerielle Arbeitskreis „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ betont (IMA Stadt 2017, S. 4).

Um Synergiepotenziale zwischen städtischen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten identifizieren zu können, hat die Stadt Freiburg die vorliegende Studie in Auftrag gegeben. Kernziel ist eine Bestandsaufnahme engagierter zivilgesellschaftlicher Gruppen und ihrer Aktivitäten mit globalem Bezug. In Kapitel 2.1. wird eine ausführliche Analyse der Akteure präsentiert, die auch den Stand der Vernetzung untereinander, der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und eine Zuordnung zu einzelnen UN-Nachhaltigkeitszielen („SDG-Matching“) beinhaltet. Als Ergänzung werden anschließend überblicksartig das entwicklungspolitische Engagement der Stadtverwaltung Freiburg dargestellt (Kapitel 2.2) sowie Freiburg als Standort für weitere, überregional tätige entwicklungspolitisch relevante Institutionen charakterisiert (Kapitel 2.3). Durch diese breite Darstellung stellen sich gesamtstädtische Synergiepotenziale für entwicklungspolitische Aktivitäten im Freiburger Stadtraum heraus.

Die Studie ist Grundlage für die weitere Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft. Eine Dialogveranstaltung zur Veröffentlichung der Studienergebnisse stellte den Auftakt des weiteren Strategieprozesses dar.

TEXTBOX 1

Kommunale Entwicklungspolitik

Die Studie verwendet den Begriff der Kommunalen Entwicklungspolitik der Freiburger Stadtverwaltung. Diese versteht darunter die „Summe der Mittel und Maßnahmen, welche die Kommunen einsetzen und ergreifen, um die globale Verantwortung in der eigenen Kommune, ebenso wie in Partnerkommunen in den Ländern des globalen Südens zu fördern. Dazu zählt zum einen die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Zum anderen umfasst die Kommunale Entwicklungspolitik Maßnahmen im Inland, wie die faire Beschaffung oder Informations- und Bildungsarbeit unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft.“

Die Definition auf der Website der Stadt Freiburg: https://www.freiburg.de/pb/,Lde/1138721.html

Definitionen: Entwicklung & Zivilgesellschaft

Der Studie liegen breite Verständnisse von Entwicklung und Engagement zugrunde. Zivilgesellschaftliche Gruppen konnten sich der Bestandsaufnahme anschließen, wenn sie mit ihrer Arbeit anstreben, im Inland oder Ausland zur Lösung globaler Herausforderungen beizutragen. Das heißt, sowohl Projekte mit direkter Zusammenarbeit zwischen Freiburg und Orten im globalen Süden als auch inländische Sensibilisierungs-, Bildungs- und politische Lobbyarbeit für Themen mit globalem Bezug wurden beachtet. Diese Herangehensweise spiegelt das Verständnis der Agenda 2030 über verschiedene globale Zusammenhänge ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Prozesse wider. Gleichzeitig führt sie aufgrund ihrer Breite zwangsläufig zu einigen Abgrenzungsproblemen. Einzelne Gruppen, die sich beteiligt haben, weisen nur einen indirekten Bezug zur Nord-Süd-Thematik auf. Dies verfälscht die Gesamtheit der Bestandsaufnahme jedoch nicht.

Die Begriffe „Entwicklung“ und „Entwicklungspolitik“ werden im allgemeinen Sprachgebrauch und auch in vielen politischen Diskursen zumeist in ihrer traditionellen Bedeutung verwendet. Entwicklungspolitik regelt darin die Zusammenarbeit zwischen Ländern mit „mehr“ und mit „weniger“ Entwicklung. Dementgegen hat sich in Anbetracht der globalen Herausforderungen gezeigt, dass auch Industrienationen Entwicklungsländer sind, sodass jegliche – auch deutsche – Nachhaltigkeitspolitik als Entwicklungspolitik bezeichnet werden könnte. Dies wird beispielsweise daran deutlich, wie „Nachhaltige Entwicklung“ von der Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie als Leitprinzip formuliert wird: „darauf hinzuarbeiten, mit ihrer [der Bundesregierung] Politik gleichermaßen den Bedürfnissen der heutigen sowie künftiger Generationen gerecht zu werden – in Deutschland sowie in allen Teilen der Welt – und ihnen ein Leben in voller Entfaltung ihrer Würde zu ermöglichen“ (Die Bundesregierung 2016, S. 24). Somit impliziert der Begriff in dieser Studie keine regionale Differenzierung.

Auch der Begriff der Zivilgesellschaft wird im öffentlichen und auch politischen Diskurs oft unpräzise bzw. mit jeweils unterschiedlichen Verständnissen verwendet. In einem weitläufigen Verständnis versteht sich unter „Zivilgesellschaft“ der „dritte Sektor“, in welchem sich Bürger_innen jenseits von Staat und Privatwirtschaft in unterschiedlichen Formen organisieren. Hierzu zählt eine große Bandbreite an Organisationsniveaus, von großen Wohlfahrtsverbänden über transnationale Nicht-Regierungs-Organisationen bis hin zu kleinen lokalen Initiativen. Die Bestandsaufnahme fokussiert auf Aktivitäten in diesem „dritten Sektor“, indem sie Daten über das Engagement von „zivilgesellschaftlichen Gruppen“ erhebt. Dabei bezeichnet „Gruppe“ jegliche Art der Initiative, seien es informelle Gruppen, eingetragene Vereine, Netzwerke oder andere Organisationen, die sich mit vergleichsweise niedrigen Ressourcen lokal, aber auch landes-, bundes- oder weltweit engagieren.

Jedoch kommen in entwicklungspolitischen und zivilgesellschaftlichen Diskursen weitere Konnotationen des Begriffs „Zivilgesellschaft“ zum Vorschein. So wird „Zivilgesellschaft“ häufig als die gesellschaftliche Sphäre gesehen, in der bürgerschaftliche Diskurse stattfinden, durch die die Zivilbevölkerung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen kann, in der sie ihre Anliegen formuliert und Standpunkte aushandeln kann. Durch Bürgerbeteiligungsprozesse kann die Zivilgesellschaft von staatlichen politischen Gestalter_innen eingebunden oder in der Auseinandersetzung generell gefördert werden. Damit wird der Zivilgesellschaft, unabhängig ihrer Selbstorganisation, demokratische Teilhabe eingeräumt. Bereits existierende Strukturen in der Zivilgesellschaft treten dabei erst einmal in den Hintergrund. In diesem Verständnis wird Zivilgesellschaft mitunter als politische „Gegenmacht“ gegenüber Regierung und Verwaltung für ein demokratisches Gleichgewicht wahrgenommen. „Zivilgesellschaftliches Engagement“ auf lokaler Ebene entsteht häufig an der Schnittfläche dieser beiden Bedeutungen. Neue zivilgesellschaftliche Initiativen können beispielsweise dann entstehen, wenn Bürger_innen aufgrund ihrer zivilgesellschaftlichen Beteiligung und Meinungsbildung einen Bedarf an mehr organisiertem Engagement erkennen, oder um ihr Potenzial als „Gegenmacht“ durch politische Meinungsäußerung in einer gesamten Gruppe mehr Ausdruck zu verleihen (vgl. Zimmer & Priller 2001).

Im politischen Diskurs um die Agenda 2030 werden, je nach verfolgtem Argument, beide Konnotationen von Zivilgesellschaft verwendet. Einerseits leistet die Zivilgesellschaft im Sinne des „dritten Sektor“ bereits aktiv konkrete Beiträge zur Umsetzung der SDGs, die von der Politik identifiziert und zusätzlich gefördert werden können, um die Umsetzung der Agenda 2030 im nicht-staatlichen Bereich voranzubringen. Andererseits existiert eine breite Zivilgesellschaft, die es zur Erreichung der SDGs unter politischer

Steuerung einzubinden gilt, indem sie für die Thematik der notwendigen „globalen Transformation“ sensibilisiert und zum nachhaltigen Kulturwandel angeregt wird.

Neben lokalen entwicklungspolitischen Initiativen existieren eine überschaubare Anzahl großer gemeinnütziger Organisationen, die ebenfalls zivilgesellschaftlich im Bereich nachhaltiger Entwicklung tätig sind (vgl. Spielmans 2014, S. 1). Die Unterscheidung zwischen lokaler Gruppe und überregional bedeutsamer Organisation versteht sich als Kontinuum. Somit können lokale Gruppen auch überregionale Bedeutsamkeit haben. In der Analyse werden sie getrennt voneinander dargestellt. Mit „Gruppe“ werden Vereine, Initiativen, informelle Gruppen und Nicht-Regierungsorganisationen bezeichnet, die beispielsweise mit Blick auf Budget und Anteil ehrenamtlicher zu bezahlter Arbeit verhältnismäßig klein sind.

Methodik der Erhebungen und Auswertung

Die vorliegende Studie baut neben der Literatur- und Online-Recherche auf drei weiteren Erhebungsinstrumenten auf: einer Online-Umfrage, einer Telefonabfrage sowie einer schriftlichen Abfrage. Die Online-Umfrage für eine Erhebung unter lokalen zivilgesellschaftlichen Gruppen wurde in Abstimmung mit dem Referat Internationale Kontakte und der Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement sowie mit dem Eine-Welt-Forum Freiburg erstellt. Sie beinhaltet ca. 40 Fragen zu Organisation und finanzieller Situation, Mitgliedern, Themenfeldern und Aktivitäten sowie Partnerstrukturen im In- und Ausland. Mehr als 350 Adressaten wurde die Einladung zur Umfrage über öffentlich zugängliche E-Mail-Adressen, über Verteiler des Eine-Welt-Forums sowie über das Schulamt zugesandt. Die Empfängerliste umfasste eingetragene Vereine und informelle Gruppen, politische Interessensgruppen und Kirchengemeinden, Migrant_innenorganisationen und Städtepartnerschaftsvereine, Sekundarschulen und Bildungsinitiativen. Im Einladungstext befand sich auch eine Bitte um Weiterleitung. Die Teilnahme war zwischen Mitte November und Ende Dezember 2018 möglich.

Mit der Erhebung sollten möglichst viele in Freiburg engagierte Gruppen im entwicklungspolitischen Spektrum erreicht werden. Insgesamt haben sich 98 Gruppen beteiligt. Die Rückmeldequote von 28 % im Vergleich zu 350 versandten Einladungen ist aus statistischer Sicht zufriedenstellend. Trotzdem stellen die Daten nur einen Ausschnitt der Freiburger Zivilgesellschaft dar, da aufgrund der kleinen Fallzahl keine Repräsentativität festgestellt werden konnte.

Die erhobenen Daten wurden mit den Programmen SPSS und Excel anonymisiert statistisch ausgewertet. Geschlossene Fragen wurden vorwiegend univariat analysiert. Aufgrund der niedrigen Fallzahl konnten nur in wenigen Fällen Korrelationen zwischen unterschiedlichen Antwortoptionen ermittelt werden. Die abgebildeten Diagramme stellen keine Enthaltung dar, da diese durch Verzweigungslogiken im Umfragedesign nicht aussagekräftig wären. Alternativ wird in jedem Diagramm die Zahl der jeweils berücksichtigten Antworten (N) angegeben. Um mit den Zahlen analytisch zu arbeiten, wurden in den meisten Fällen Prozentwerte verwendet. Durch die niedrigen Fallzahlen machen einzelne absolute Werte einen relativ hohen prozentualen Anteil aus.

An sechs Stellen hatten die Teilnehmer_innen die Möglichkeit, in offenen Antworten ihre Standpunkte zu formulieren. Diese Antworten wurden für die Analyse induktiv codiert und qualitativ ausgewertet. In der Analyse werden besonders häufig genannte Aspekte dargestellt und mit informativen Einzelpositionen und kreativen Anregungen ergänzt. Auf einer Dialogveranstaltung zwischen Stadt und Zivilgesellschaft über die Studienergebnisse wurde darüber hinaus Beteiligungsraum für gemeinsame Planung der weiteren Zusammenarbeit generiert. In einem interaktiven Prozess wurden dabei

Bedarfe, Ideen und mögliche Schritte noch einmal konkreter herausgearbeitet. Diese Anregungen wurden mit den Ergebnissen aus den offenen Umfragen abgeglichen und ergänzend in der Analyse aufgenommen.

Für einen Abgleich mit den SDGs („SDG-Matching") wurden die Angaben zu Tätigkeitsfeldern, Projekten und Mitgliedermotivation gesondert ausgewertet und, wenn notwendig, zusätzlich Informationen von den Internetauftritten der Gruppen hinzugezogen. Da einige Gruppen sehr vielfältig arbeiten und die SDGs sich häufig überschneiden, werden die wesentlichen Bezugsstellen dargestellt, und nicht die Gesamtheit jeglicher möglicher SDG-Bezüge. Zu den einzelnen Gruppen wurden maximal vier Hauptziele und die jeweils zutreffenden Unterziele zugeordnet. Durch das Verfahren wird sichtbar, inwiefern die einzelnen SDGs und die Unterziele für die Gruppen von Relevanz sind. Nicht abgebildet ist, in welchem Umfang sie durch Aktivitäten verfolgt werden.

Die Darstellung des entwicklungspolitischen Engagements der Freiburger Stadtverwaltung beruht auf einer schriftlichen Abfrage von Informationen des Referats Internationale Kontakte und der Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement. Für die Analyse des Standorts Freiburg für größere gemeinnützige Organisationen und Bildungseinrichtungen wurden insgesamt elf Telefoninterviews mit Vertreter_innen der Institutionen geführt. Ergänzt durch Internetrecherche werden sie im Kapitel 2.3 strukturiert dargestellt.

Zusätzlich zu der vorliegenden Studie wurden die Stammdaten zur weiteren Vernetzung in einer tabellarischen Übersicht aufbereitet, die von der Stadt Freiburg öffentlich zugänglich gemacht wird. Da es weiterhin Anliegen der Stadtverwaltung Freiburg ist, möglichst alle engagierten Gruppen in Freiburg zu erreichen, bleibt diese Liste für Neuzugänge offen und kann nach Veröffentlichung entsprechend ergänzt werden.

2. Empirische Analyse

Im Folgenden wird das gesamtstädtische entwicklungspolitische Engagement Freiburgs dokumentiert. Der Fokus liegt dabei auf der umfassenden Darstellung des lokalen zivilgesellschaftlichen Engagements. Im nachfolgenden Schritt wird überblicksartig ergänzt, welchen Beitrag die Freiburger Stadtverwaltung zur Umsetzung der Agenda 2030 leistet. Im dritten Schritt wird Freiburg als Standort entwicklungspolitischer Aktivitäten charakterisiert. Hierfür wird exemplarisch auf die Aktivitäten gemeinnütziger Organisationen sowie Hochschulen und Bildungseinrichtungen zurückgegriffen.

2.1 Zivilgesellschaftliches Engagement

Laut Staatsministerium Baden Württemberg gibt es landesweit weit über 1.000 Initiativen und Organisationen, die entwicklungspolitisch aktiv sind.[1] Laut Angaben der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement der Freiburger Stadtverwaltung engagiert sich jede_r dritte Freiburger_in zivilgesellschaftlich und es existieren über 2.900 zivilgesellschaftliche Gruppen und Netzwerke. Entwicklungspolitisches Engagement sei darunter zu einem Anliegen vieler Aktiver geworden.[2]

Einige Akteure des Freiburger zivilgesellschaftlichen Eine-Welt-Engagements können auf jahrzehntelange Arbeit zurückblicken. Mit der Umsetzung der UN-Agenda 21 auf kommunaler Ebene nahmen systematischere Vernetzungsanstrengungen zu, in die auch die Stadtverwaltung als zentrale Koordinationsstelle des Agenda-Prozesses eingebunden war. Sie förderte und begleitete Arbeitskreise für diverse bürgerschaftliche Themen und Felder, unter anderem für das Eine-Welt-Engagement. Aus dem Prozess ging das Eine-Welt-Forum Freiburg hervor, welches 2004 als gemeinnütziger Verein gegründet wurde. Das Netzwerk versteht sich als zentrale Austauschplattform und Veranstaltungskoordinator für seine derzeit 58 Mitglieder (Gruppen und Einzelpersonen) sowie für alle anderen aktiven Gruppen in der Region. Es fungiert gleichzeitig selber als Projektträger vor allem im Bildungsbereich und ist Träger einer Regionalpromotor_innen-Stelle[3].

Unter dem Motto der Agenda 21, „Global denken, lokal handeln", versteht sich auch das Engagement des Eine-Welt-Forums. Das behandelte Themenspektrum umfasst jegliches Engagement, welches seine Aktivität mit einer globalen Verantwortung begründet. Damit ist sie auf den Anspruch der Agenda 2030, lokales Handeln, globale Verantwortung und internationale Zusammenarbeit zusammenzudenken, konzeptionell und praktisch gut aufgestellt. Neben dem Eine-Welt-Forum gibt es in Freiburg weitere

1 https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/europa-und-internationales/entwicklungszusammenarbeit/entwicklungspolitik-mitgestalten/
2 https://www.freiburg.de/pb/,Lde/229284.html
3 Das Eine Welt-PromotorInnenprogramm der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland soll das zivilgesellschaftliche Engagement für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung stärken. Hierfür wurde ein Netzwerk von Regional- und Fachpromotor_innen in ganz Deutschland aufgebaut.

Netzwerkakteure mit verwandten thematischen Zuschnitten, wie zum Beispiel das Kulturforum Freiburg, der Treffpunkt Freiburg oder das Friedensforum Freiburg.

Um das Freiburger Eine-Welt-Engagement differenzierter betrachten zu können, wurden zivilgesellschaftliche Gruppen zu ihren Aktivitäten und Themenschwerpunkten, ihrer finanziellen Situation, ihren Mitgliedern, ihren Partnerstrukturen im Ausland sowie zum Stand und Bedarf lokaler Vernetzung befragt. Im Folgenden werden die Umfrageergebnisse vorgestellt.

Die Gruppen und ihre Mitglieder

Die formale Organisation der überwiegenden Mehrheit (72 %) der Gruppen besteht in eingetragenen Vereinen oder als Regionalgruppe eines bundesweiten Vereins (s. Abb. 2). 17 % der Gruppen sind nicht formalisiert. Die **Gründung** heute bestehender Gruppen steigerte sich über die letzten drei Jahrzehnte (siehe Abb. 3). Der Großteil entstand seit den 1990er Jahren, vor allem in den Jahren 2000 bis 2010. Einzelne Gruppen sind hingegen bereits seit mehreren Jahrzehnten engagiert. 17 % der Gruppen existieren bereits seit mehr als 25 Jahren, hierunter vornehmlich Gruppen mit kirchlichem Bezug sowie Regionalgruppen deutschlandweiter Bewegungen, aber auch einige lokale Initiativen.

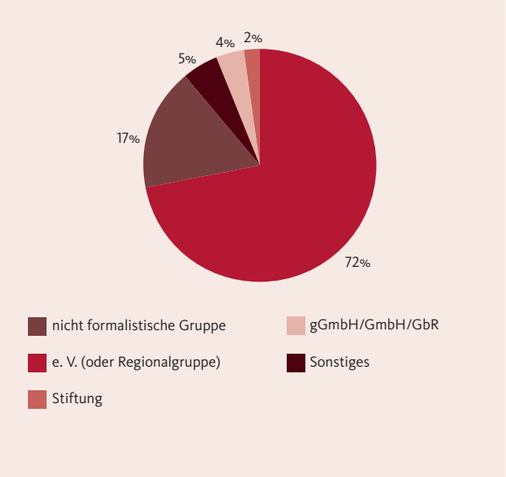

Abb. 2: Formale Organisation, N=97

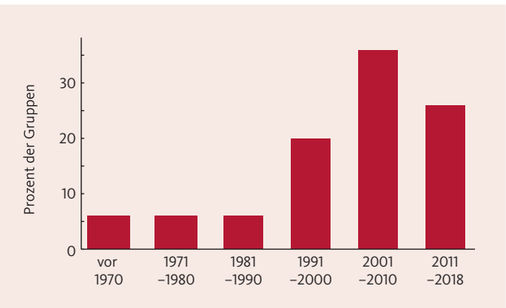

Abb. 3: Gründungsjahr, N = 88

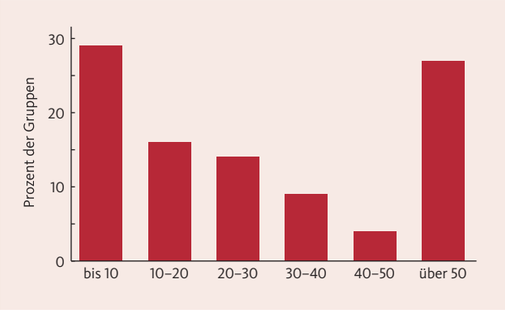

Abb. 4: Mitgliederzahl, N=85

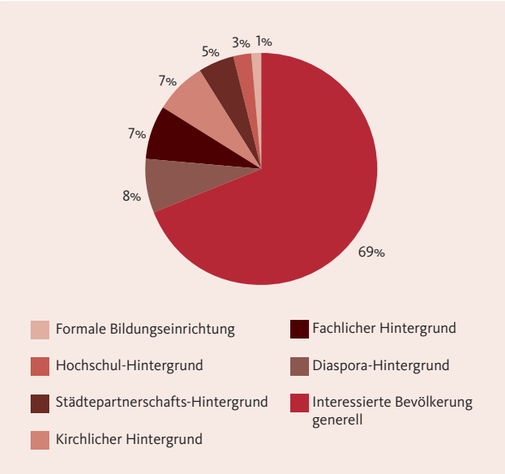

Abb. 5: Primärer sozialer Kontext der Mitglieder, N=85

Hinsichtlich ihrer **Mitgliederzahlen** variieren die Gruppen stark (siehe Abb. 4). In 30 % aller Gruppen sind lediglich bis zu zehn Personen aktiv; gleichzeitig besteht ein Viertel der Gruppen aus einer großen Mitgliederschaft von 50 oder mehr Personen. Dabei finden die **Gruppenmitglieder** über unterschiedliche soziale Kontexte zueinander (siehe Abb. 5). Gut zwei Drittel aller Gruppen findet ihre Mitglieder über ein gemeinsames Interesse oder eine geteilte Einstellung in einem breiten sozialen Kontext. Manche Gruppen sind aufgrund ihrer Zielsetzung beispielsweise für Bürgerinnen und Bürger mit ähnlicher politischer Einstellung oder Forderung attraktiv. Andere sprechen eher Personen an, die über Herkunfts-, Arbeits- oder Reiseerfahrungen einen persönlichen Bezug zu einem Kontinent, Land oder einem internationalen Projekt haben. Auch Mitglieder der Städtepartnerschaftsvereine, die vor dem Hintergrund bzw. als Basis einer Freiburger Städtepartnerschaft fungieren, verbindet ein konkretes gemeinsames Interesse. Sie werden aufgrund des speziellen Kontexts der existierenden Partnerschaften hier jedoch extra aufgeführt.

Knapp ein Drittel der Gruppen findet durch einen spezifischeren sozialen Kontext zusammen. Diaspora-Organisationen setzen sich beispielsweise vorrangig aus Migrant_innen mit gemeinsamer Herkunftsregion/Herkunftsland zusammen, Gruppen mit kirchlichem Bezug bestehen vornehmlich aus Gemeindemitgliedern, wieder andere Gruppen finden sich vor einem gemeinsamen fachlichen Hintergrund zusammen (beispielsweise juristisch oder medizinisch), auf dem das gemeinsame Engagement basiert. In der Regel gewinnen Gruppen jedoch Mitglieder aus mehreren sozialen Kontexten. Besonders Studierende und Schüler_innen sind häufig in Gruppen aktiv, die nicht im Rahmen der Hochschule bzw. Schule entstehen, auch wenn es einige spezifische Hochschulgruppen und Projekte an Schulen gibt.

Die wichtigste Triebfeder des zivilgesellschaftlichen Engagements besteht in der wahrgenommenen Notwendigkeit, sich für die Verbesserung der Lebensumstände weltweit einzusetzen (siehe Textbox 3). Drei Bereiche kristallisieren sich hier besonders heraus: die Notwendigkeit des Schutzes von Umwelt und Ressourcen, die Schaffung gerechterer Nord-Süd-Beziehungen, insbesondere in Form fairer Handelsbeziehungen, sowie der Einsatz für Friedenssicherung und Menschenrechte, beispielsweise durch Abrüstung.

TEXTBOX 2

Migrant_innen im entwicklungspolitischen Fokus

Beitrag von Johanna Treumann

In aktuellen Entwicklungsdiskursen gelten Migrant_innen als wichtige Akteur_innen für Entwicklung in ihren Herkunftsländern. Deshalb wird die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Migrant_innen-Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen von staatlichen Programmen in der kommunalen Entwicklungspolitik gefördert. Im Rahmen einer Bachelorarbeit am Institut für Ethnologie der Universität Freiburg wurden Perspektiven fünf ortsansässiger Vereine mit Bezügen zu Afghanistan, Nigeria, Kamerun und Guinea auf entwicklungspolitische Themen untersucht. Mithilfe von Gruppen- und Einzelinterviews stellte sich heraus, dass die kommunale Entwicklungspolitik der Stadt Freiburg unter den Gruppen wenig bekannt ist. Während dennoch mehrheitlich Interesse an einer Kooperation besteht, wurden auch mögliche Schwierigkeiten einer solchen Vernetzung – Zeitaufwand, divergierende Vorstellungen, finanzielle Budgets – erkannt. Entgegen Darstellungen in Entwicklungsdiskursen, worin Engagement von Migrant_innen-Organisationen im Bildungs- und Gesundheitsbereich in Herkunftsländern als Beitrag zur Umsetzung der SDGs gewertet wird, stellen die Vereine ihre Arbeit nicht in einen Zusammenhang mit den SDGs. Während ein Verein seine Aktivitäten ausschließlich auf die Region Freiburg konzentriert, verfügt ein anderer über jahrelange Erfahrung des Engagements im Herkunftsland. Die drei weiteren Vereine planen Projekte in ihren Herkunftsländern für die Zukunft, sind derzeit jedoch noch mit der Etablierung in Freiburg beschäftigt. Dabei deutet sich eine Schnittmenge von Integrations- und Entwicklungspolitik in Deutschland an. Auch in der Freiburger Stadtverwaltung könnte diese Verbindung durch mehr Vernetzung beider Bereiche gestärkt werden. Vor und während der Zusammenarbeit mit Migrant_innen-Organisationen gilt es zudem, Hierarchien, Auf- und Abwertung von Wissensarten und andere entwicklungspolitische Prämissen kritisch zu hinterfragen.

TEXTBOX 3

Beispiele für Motivation für zivilgesellschaftliches Engagement

„sich für Frieden, soziale Gerechtigkeit und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einsetzen“

„überzeugt das Richtige zu tun, wenn sie bei der Aufklärung und Aufdeckung von Rüstungsexporten mithelfen“

„einen Beitrag für eine vielfältige offene Gesellschaft leisten“

„die Passivität, den Frust, das Desinteresse der Bevölkerung“

„eine Alternative zur ‚Wegwerfmentalität‘ und Schnäppchenjägerei bieten.“

„durch die Förderung der erneuerbaren Energien und eines bewussten Umgangs mit Energie dem Klimawandel und der Ressourcenknappheit“

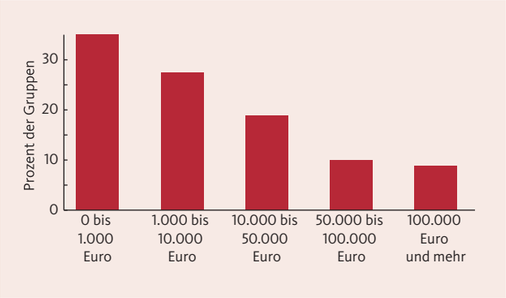

Abb. 6: Jährliches Budget im Durchschnitt der drei letzten Jahre, N=80

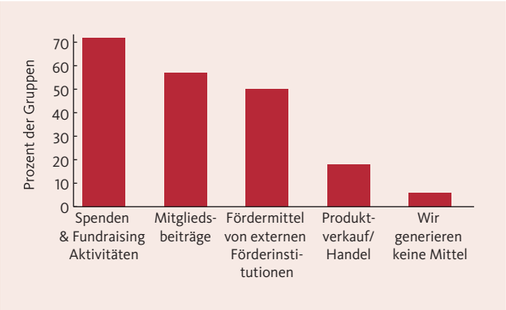

Abb. 7: Inanspruchnahme von Budgetquellen, 182 Nennungen bei N= 90

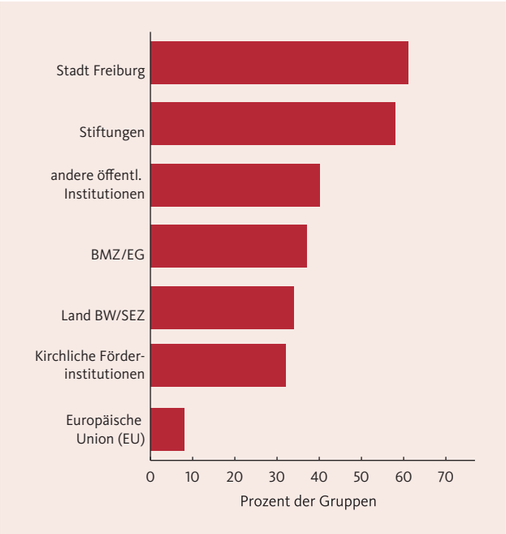

Abb. 8: Inanspruchnahme von Förderinstitutionen unter extern geförderten Gruppen, 102 Nennungen bei N=38

Für viele Gruppen bedeutet ihr Engagement, aktiv auf gesellschaftliche oder politische Veränderungen hinzuwirken. Dementsprechend wird an diversen Stellen die Notwendigkeit gesellschaftlichen Wandels in Deutschland als Motivation zum Engagement angeführt. Ein besonderes Gewicht wird dabei der Bildungsarbeit zugeschrieben.

Nach der Motivation aus dem Bestreben gesellschaftlicher Veränderungen steht als zweites großes Thema der Wunsch der Mitglieder nach Austausch auf zwischenmenschlicher Ebene. Dies kann in Form von kulturellem Austausch und durch weltweites Vernetzen zum gegenseitigen Lernen realisiert werden. Bemerkenswert erscheint, dass nur in wenigen Fällen das Interesse an einer spezifischen Region/Land als Motivation der Mitglieder erwähnt wird. Dies deutet darauf hin, dass Überzeugungen von globaler Verantwortung und Gerechtigkeit oft wichtiger für den Antrieb zum Engagement sind als persönliche Interessen. Einige Gruppen mit migrantischen Mitgliedern hegen jedoch auch das Interesse, durch ihr Engagement ihre landesspezifische Kultur zu pflegen.

Finanz- und Förderstrukturen

Das **jährliche Budget** (im Durchschnitt der letzten Jahre) varriert ebenfalls stark, wenn auch mehrheitlich nur relativ wenige Mittel zu Verfügung stehen (siehe Abb. 6). Insgesamt knapp zwei Drittel aller Gruppen setzen jährlich weniger als 10.000,- Euro um, davon die Mehrheit sogar weniger als 1.000,- Euro. Daneben verfügen immerhin 19 % über ein relativ hohes Budget von mehr als 50.000,- Euro.

Gruppen generieren im Durchschnitt aus zwei unterschiedlichen Quellen Mittel, wobei es hier eine große Varianz gibt. Ein Viertel bezieht lediglich aus einer Quelle Finanzen, ein knappes Drittel hingegen aus drei bis vier Quellen. Diese breite Streuung deutet an, dass sich die Strategien zur Mittelgenerierung sehr unterschiedlich darstellen. Die Einnahmen aus Spenden und Fundraising-aktivitäten kommen dabei den meisten Gruppen zugute (70 %). Mitgliedsbeiträge (für 57 % relevant) und die Einwerbung von Fördermitteln externer Förderinstitutionen (50 %) sind relevante Einnahmequellen (siehe Abb. 7). Produktverkauf/Handel ist erheblich seltener relevant für Gruppen, aber immerhin noch für 18 %. Es stellt vor allem für Gruppen im Bereich Fairer Handel eine Einkommensquelle dar. Lediglich 6 % generieren überhaupt keine Mittel.

Rund die Hälfte aller Gruppen beziehen **externe Fördermittel**, davon 73 % von mehr als einer Institution.

Mittel der Stadt Freiburg und von Stiftungen sind dabei die am häufigsten in Anspruch genommenen Förderungen (siehe Abb. 8). Sie bezuschussen je rund 60 % der extern geförderten Gruppen. Weitere relevante Förderungen kommen von anderen öffentlichen Förderinstitutionen, sind Bundesmittel inkl. Engagement Global, Fördermittel vom Land Baden-Württemberg oder kommen von kirchlichen Gebern. Von Fördermitteln der Europäischen Union profitieren mit 8 % wenige Gruppen.

Die andere Hälfte der Gruppen erhält keine Förderung durch externe Geber. Häufig sind nicht ausreichende Kapazitäten für die Antragstellung vorhanden (siehe Abb. 9). Dies geben knapp zwei Drittel der betroffenen Gruppen an. Für die Hälfte der Gruppen stellt, häufig in Kombination mit Mangel an notwendigen Kapazitäten, auch die Unkenntnis über geeignete Förderstellen einen Hinderungsgrund dar. Hingegen haben lediglich 17 % der Gruppen kein Interesse oder Bedarf an externen Fördermitteln. Negative Bescheide über gestellte Förderanträge stellen keinen erheblichen Grund dafür dar, dass keine externen Fördermittel verfügbar sind.

Die finanzielle Ausstattung einer Gruppe hängt nicht erkennbar mit der Verfügbarkeit bestimmter Einkommensquellen zusammen. Dies erscheint besonders mit Blick auf die Verfügbarkeit externer Fördermittel bemerkenswert: Gruppen mit niedrigerem finanziellen Budget erhalten ebenso häufig Zuwendungen von externen Förderinstitutionen wie finanziell stärkere Gruppen. Dies sagt selbstverständlich nichts über die Höhe der Fördermittel und ihrem Anteil am jährliches Budget aus.

Jedoch verschiebt sich die **Relevanz der Einkommensquellen**, wenn externe Fördermittel zu Verfügung stehen (siehe Abb. 10 und 11). In diesem Falle stellen diese häufiger die wichtigste Einkommensquelle dar (nämlich für zwei Drittel der Gruppen) als die insgesamt am häufigsten genannte wichtigste Einkommensquellen für Gruppen ohne externe Förderung, nämlich Spenden und Funraising-Aktivitäten (nur für die Hälfte der Gruppen). Wenn also externe Fördermittel vorhanden sind, so spielen sie in verhältnismäßig vielen Fällen die zentrale Rolle in der Mittelstruktur der jeweiligen Gruppe.

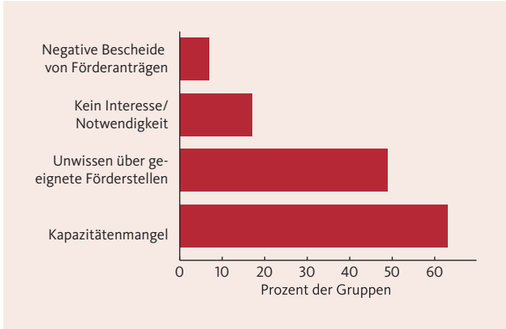

Abb. 9: Gründe, wieso keine externen Mittel vorhanden sind, 56 Nennungen bei N=41

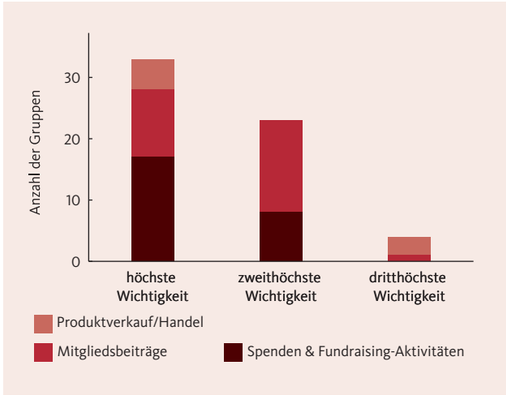

Abb 10: Relevanz einzelner Einkommensquellen bei Gruppen ohne externe Förderquellen

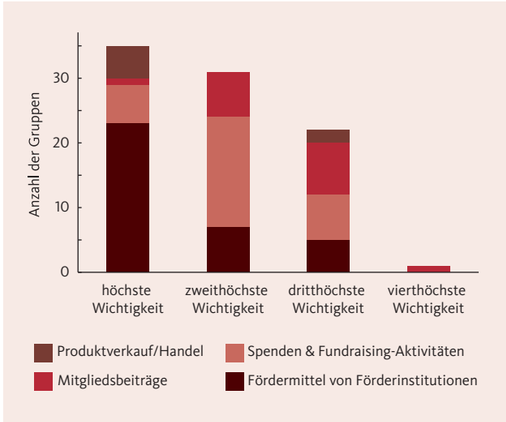

Abb. 11: Relevanz einzelner Einkommensquellen bei Gruppen mit externen Fördermitteln

TEXTBOX 4

Beispiele für Erfahrungen mit externen Fördermitteln

„Die Zuschüsse für Sach- und Personalkosten durch die Erzdiözese Freiburg sind ein wesentliches Standbein unserer Arbeit."

„Positiv: Teilnahme und Kooperation diverser Veranstaltungen mit Stadt Freiburg"

„oft gute, wenn es zu einer Förderung kam"

„Das größte Problem ist es, über die Projektfinanzierung hinaus auskömmliche Zuschüsse für die Grundfinanzierung zu akquirieren (Personal, Büroinfrastruktur)."

Erfahrungen mit externen Fördermitteln und -institutionen werden von vielen Gruppen generell als positiv eingeschätzt (siehe Textbox 4). Die „Wirkung vor Ort" sei schlicht „sonst nicht möglich" schreibt beispielsweise eine Gruppe, was die zentrale Stellung externer Fördermittel in manchen Fällen verdeutlicht. Jedoch stellt der hohe bürokratische Aufwand, der mit der Beantragung und Verwaltung der Mittel verbunden ist, eine mitunter frustrierende Herausforderung dar. Sie nimmt teilweise einen Großteil der zu Verfügung stehenden Zeitressourcen ein. Dies verkompliziert sich durch die Unterschiedlichkeit der Berichterstattung einzelner Institutionen, die (teils als zunehmend) kompliziert wahrgenommenen Modalitäten und die große Unsicherheit der Zeitinvestition, die mit der Antragstellung verbunden ist. Die Förderung der Stadt Freiburg wird im Vergleich hierzu als mit einem geringen bürokratischen Aufwand verbunden wahrgenommen.

Ebenfalls herausfordernd ist, dass Fördermittel häufig ausschließlich direkte Projektkosten übernehmen und keinen Zuschuss zur Grundfinanzierung, zum Beispiel Verwaltungs- oder Personalkosten, anbieten. Einige Gruppen müssen sich dementsprechend aufgrund eingeschränkter Zeitressourcen zwischen Antragsstellung und inhaltlicher Arbeit entscheiden. Zu erhöhter Unstetigkeit führt auch die inhaltliche Ausgestaltung einiger Förderkriterien. Es werden beispielsweise bevorzugt innovative Ansätze für neue Projekte finanziert. Dies erschwert den Zugang zu Unterstützung für die Fortführung bereits erprobter, laufender Projekte. Weitere Kritik bezieht sich auf die Rigidität von Antragsmodalitäten, die hohe Konkurrenz um öffentliche Gelder sowie das Ausbleiben inhaltlichen Feedbacks auf negative Bescheide.

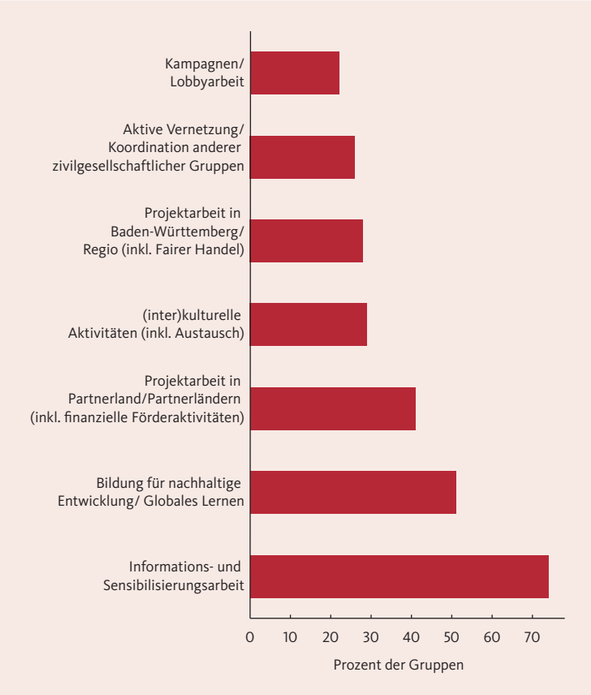

Abb. 12: Tätigkeitsfelder, 251 Nennungen bei N=93

Aktivitäten & Themen

Zivilgesellschaftliche Gruppen führen vielfältige **Aktivitäten** für die Erreichung ihrer Ziele sowohl im In- als auch im Ausland durch. Diese reichen von politischer Lobbyarbeit über Informations- und Sensibilisierungsarbeit bis hin zu Projektarbeit im Partnerland (siehe Abb. 12). Viele Gruppen betätigen sich dabei in mehreren dieser Bereiche. Informations- und Sensibilisierungsarbeit ist Teil des Portfolios von drei Viertel aller Gruppen. Die Hälfte aller Gruppen führt „Bildung für nachhaltige Entwicklung/Globales Lernen" durch. Diese beiden Tätigkeitsfelder im Bildungs- und Sensibilisierungsbereich machen zusammen fast die Hälfte aller Nennungen aus. Jedoch gehen nur wenige Gruppen ausschließlich diesen

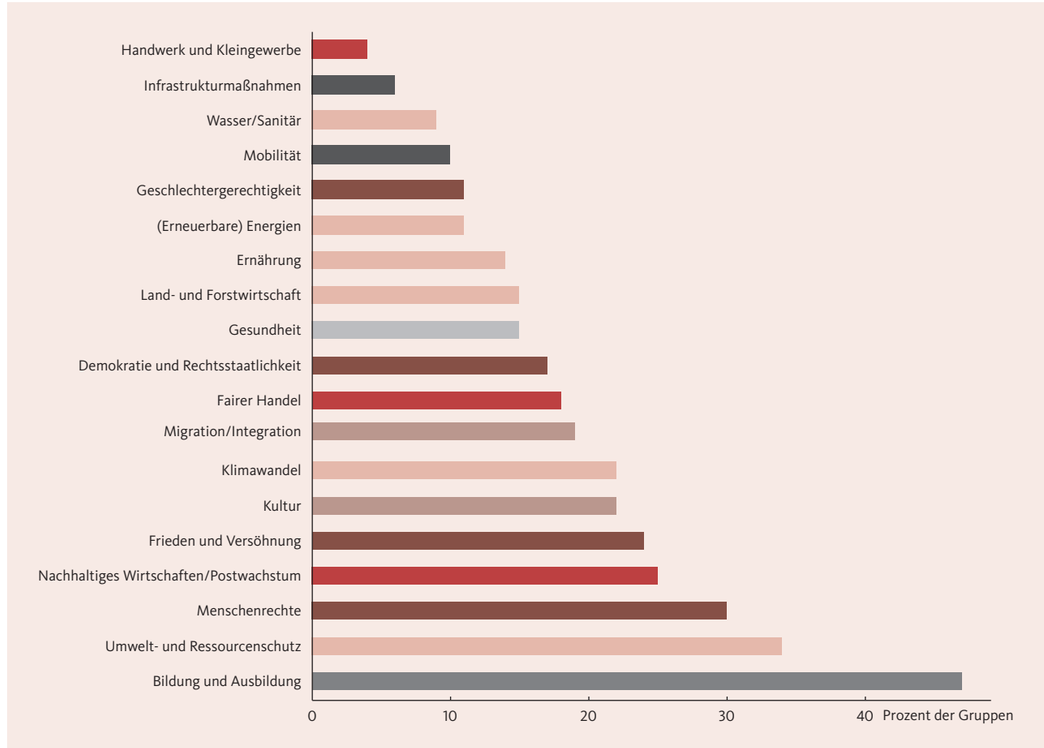

Abb. 13: Themenschwerpunkte, 328 Nennungen bei N=93

Tätigkeitsfeldern nach. Vielmehr wird Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit mit anderen Einsatzbereichen kombiniert.

„Projektarbeit in Partnerländern" führen 41 % aller Gruppen durch. Dieses klassische Tätigkeitsfeld entwicklungspolitisch aktiver Zivilgesellschaft stellt nach den Tätigkeitsfeldern Bildung und Sensibilisierung die nächsthäufige Aktivität dar. Unter den wenigen Gruppen, die nur ein Tätigkeitsfeld verfolgen, befinden sich gehäuft Gruppen mit „Projektarbeit im Partnerland". In diesen Fällen wird die Tätigkeit also nicht direkt mit einem Bildungsauftrag verbunden.

Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass mehr als die Hälfte aller Gruppen, die ihre Arbeit für das Eine-Welt-Engagement als relevant erachten, keine Projektarbeit im Ausland verfolgen. Aktivitäten, die vornehmlich im Inland umgesetzt werden, sind (inter-)kulturelle Aktivitäten, Projektarbeit in der eigenen Region (inkl. fairem Handel), die Koordination zivilgesellschaftlichen Engagements sowie Kampagnen- und Lobbyarbeit. Die (inter)kulturellen Aktivitäten umfassen unter anderem sowohl Integration als auch Organisation von Austausch und Praktika, wobei letzteres wiederum in Zusammenarbeit mit Partnern im Ausland durchgeführt wird.

Zivilgesellschaftliche Gruppen setzen sich in ihrer Arbeit mit einem breiten Spektrum an **Themen** auseinander (siehe Abb. 13). Der Bereich „Umwelt und Ressourcen"

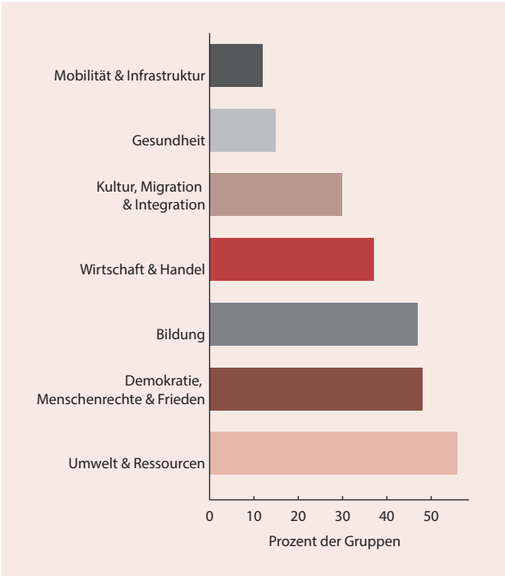

Abb 14: Themen zusammengefasst in Bereiche

spielt im Vergleich zu anderen Themenbereichen für den größten Teil der Gruppen eine Rolle (siehe Abb. 14). 56 % von ihnen arbeiten zu einem oder mehreren Themen in diesem Bereich. Themen im Bereich „Demokratie, Frieden & Menschenrechte“ werden am zweithäufigsten bearbeitet. Bildung stellt eigenständig das dritthäufigste Thema dar (13 % aller Gruppen), gefolgt von Themen im Bereich „Wirtschaft & Handel“ und „Kultur, Migration & Integration“. Themen im Bereich „Mobilität & Infrastruktur“ und das Thema Gesundheit werden im Vergleich am wenigsten häufig bearbeitet.

Vergleicht man die einzelnen Themen zueinander (Abb. 13), arbeiten erheblich mehr Gruppen zum Thema Bildung und Ausbildung als zu einem einzelnen Umwelt- und Ressourcenthema. Diese Diskrepanz lässt sich etwas differenzierter darstellen, wenn man sich Gruppen mit und Gruppen ohne Projektarbeit im Partnerland gesondert voneinander betrachtet. Bildung und Ausbildung wird besonders oft von Gruppen bearbeitet, die Projektarbeit im Partnerland leisten (68 %, siehe Tab. 1). Dieses Thema wird als eigenständiges Thema häufiger bearbeitet als der gesamte Themenbereich „Umwelt und Ressourcen“ zusammen.

Für Gruppen ohne Projektarbeit im Partnerland liegt dagegen der herausragende Themenschwerpunkt auf dem Bereich „Umwelt und Ressourcen“. Unter Gruppen, deren Arbeitsschwerpunkt primär in Deutschland liegt, bearbeiten 59 % das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz, bei Gruppen mit Arbeitsschwerpunkt im Ausland (mit oder ohne Projektarbeit) sind dies lediglich 26 %. Für das Thema Klimawandel verhält sich dieser Unterschied ähnlich (23 % versus 16 %). Bildung

Die 7 häufigsten Themenbearbeitungen von ...

... Gruppen mit Projektarbeit im Partnerland, N=38		... Gruppen ohne Projektarbeit im Partnerland, N=55	
Thema	**Prozent Gruppen**	**Thema**	**Prozent Gruppen**
Bildung und Ausbildung	68%	Umwelt- und Ressourcenschutz	44%
Gesundheit	26%	Menschenrechte	36%
Frieden und Versöhnung	24%	Bildung und Ausbildung	33%
Kultur	24%	Nachhaltiges Wirtschaften/Postwachstum	29%
Land- und Forstwirtschaft	21%	Klimawandel	27%
Menschenrechte	21%	Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	24%
Umwelt- und Ressourcenschutz	21%	Frieden und Versöhnung	24%

Tab. 1: Die 7 häufigsten Themenbearbeitungen

und Ausbildung ist nur für ein Drittel der Gruppen ohne Projektarbeit im Partnerland relevant und steht damit in der Priorität insgesamt nur auf Platz vier. Auch das Thema Gesundheit wird von Gruppen mit Projektarbeit im Partnerland deutlich häufiger bearbeitet, während es für Gruppen ohne Projektarbeit im Partnerland nur selten eine Rolle spielt. Dafür werden von Gruppen ohne Projektarbeit im Partnerland auch Themen aus den Bereichen „Demokratie, Frieden und Menschenrechte“ und „Wirtschaft & Handel“ noch häufiger behandelt als von Gruppen mit Projektarbeit im Partnerland. Somit lässt sich zusammenfassen, dass für Gruppen mit Projektarbeit im Partnerland das Thema Bildung und Ausbildung von herausragender Relevanz ist, während für Gruppen ohne Projektarbeit im Partnerland die Auseinandersetzung mit Umwelt- und Ressourcenthemen am häufigsten bearbeitet wird, jedoch nicht mit solch herausragender Deutlichkeit. Für sie ist die Bildungsarbeit als Tätigkeit (siehe voriges Kapitel) Mittel zum Zweck der Vermittlung der von ihnen für relevant erachteten Themen.

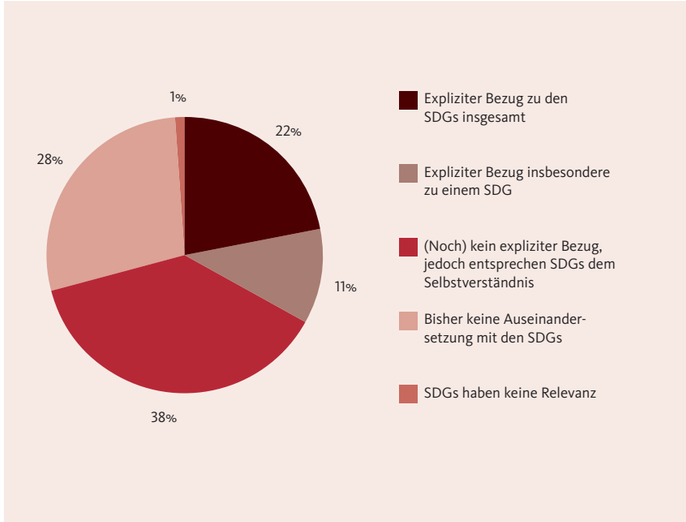

Abb. 15: SDG-Bezug, N=90

In der Praxis werden die oben genannten Themen und Bereiche jedoch nicht separat von Gruppen bearbeitet. Im Gegenteil: 82 % aller Gruppen bearbeiten drei oder mehr Einzelthemen und 85 % aller Gruppen bearbeiten Themen aus mindestens zwei unterschiedlichen Themenbereichen. Gruppen arbeiten also nur selten in einem engen Themenspektrum. Dies sagt jedoch nichts darüber aus, ob sie einen klaren Themenschwerpunkt über anderen Themen verfolgen.

Das Freiburger Eine-Welt-Engagement und die SDGs

In der Online-Befragung wurde auch erfasst, ob einzelne Gruppen in ihrer Arbeit einen expliziten Bezug zu den SDGs herstellen. Im Ergebnis steht auf der einen Seite eine relativ kleine Anzahl an Gruppen, die einen direkten Bezug zwischen ihrer Arbeit und einem der SDGs herstellt sowie eine etwas größere Gruppe, die einen Bezug zu den gesamten SDGs herstellt (siehe Abb. 15). Auf der anderen Seite stehen zwei Drittel der Gruppen, die bisher keinen Bezug zu den SDGs hergestellt bzw. sich nicht mit ihnen auseinandergesetzt haben. Für viele erschien es also (bisher) nicht besonders relevant, sich eingehend mit den SDGs und ihrem Bezug für die eigene Arbeit auseinanderzusetzen oder eine explizite Verbindung zu ihnen herzustellen.

Zu welchen SDGs innerhalb der Freiburger Zivilgesellschaft Arbeit geleistet wird, wird jedoch an den Angaben zu Tätigkeitsfeldern, Projekten und Motivation der einzelnen Gruppen erkennbar. Wie bereits in der Abfrage deutlich wurde, ist das Freiburger Eine-Welt-Engagement thematisch sehr breit aufgestellt. Das Engagement der Gruppen deckt alle SDGs bis auf das Ziel 14 (Ozeane und Meere) ab. Dennoch gibt es drei Schwerpunktthemen, die besonders häufig bearbeitet werden, nämlich Bildung, Nachhaltigkeit

Abb. 16: SDG-Matching

bei Konsum und Produktion sowie Globale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung (siehe Abb. 16).

Zu SDG 4 (Bildung für alle) existieren die häufigsten erkennbaren Verbindungen; sie machen etwa 20 % der gesamten Zuordnungen zu den Oberzielen (n=286) aus. Das Unterziel 4.7 (Bildung für nachhaltige Entwicklung) ist mit 8 % ausschlaggebend für die häufige Zuordnung. Eine Mehrzahl der Gruppen ergänzt ihre Tätigkeiten zu den unterschiedlichen Themengebieten, z. B. Umwelt- & Ressourcenschutz und Demokratie, Rechte & Frieden, häufig mit Bildungsveranstaltungen, oft im Rahmen von Schulbesuchen. Ziel 4.1 (Sicherstellung von Grund- und Sekundarschulbildung) ist das zweithäufigste Unterziel im Bereich Bildung (4 %). Dies ist darauf zurückzuführen, dass viele Gruppen Schulen und Bildungsprojekte in ihren Partnerländern unterstützen.

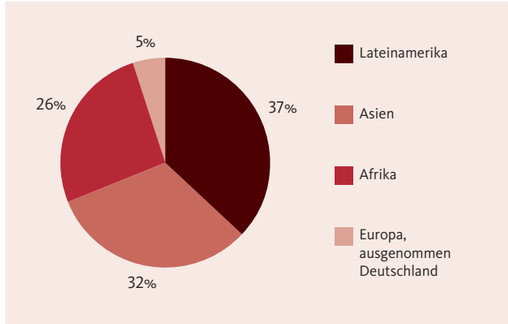

Abb. 17: Kontinentalschwerpunkte, N=38

Nach Bildung ist SDG 12 (Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen) mit knapp 20 % der Zuordnungen das am zweithäufigsten bearbeitete Oberziel. Hier arbeiten die Gruppen vor allem im Bereich der Informations- und Aufklärungsarbeit zum Ziel 12.8 (7 %) (Einschlägige Informationen und Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung und eine Lebensweise in Harmonie mit der Natur verfügbar machen). Neben Informationsarbeit arbeiten einige Gruppen auch an der konkreten Umsetzung zum Ziel 12.2 (7 %) (Nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen erreichen) insbesondere durch die Förderung des Fairen Handels.

An dritter Stelle steht das Oberziel 17 (Globale Partnerschaften), in welchem fast ausschließlich Zuordnungen zum Unterziel 17.16 (Globale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung ausbauen) vorliegen. Dabei handelt es sich um verschiedene Formen von Partnerschaften. Einige Gruppen organisieren Schüler_innen-, Studierenden- oder Bürger_innen-Austausche sowie Freiwilligendienste. In anderen Fällen bestehen die Partnerschaften als klassische Hilfsprojektpartnerschaften.

An vierter Stelle der SDG-Bezüge steht Umweltschutz von Landökosystemen SDG 15 (7 %) und an fünfter Stelle mit 6 % SDG 16 (Friedensförderung) jeweils mit Verteilung auf mehrere Unterziele.

Regionalbezüge, Partnerstrukturen und Austausch im Ausland

Für entwicklungspolitisches Engagement stellt der **Bezug zu Regionen außerhalb der EU** ein konstituierendes Merkmal dar und es entstehen weltweit Netzwerke. In der konkreten Arbeit kann sich dies durch Auseinandersetzung mit einzelnen oder mehreren Weltregionen und in konkreter Zusammenarbeit ausdrücken. Ein Drittel der Freiburger Gruppen verfolgt keinen konkreten Länderbezug in seiner Arbeit oder arbeitet zu Ländern auf mehreren Kontinenten. Im Vergleich zu einzelnen Ländern oder Kontinenten stellen sie den größten Anteil dar. Weitere 22 % arbeiten mit einem primären Arbeitsbezug zu Deutschland anstelle eines Auslandsfokus.

Unter den 39 % der Gruppen, die einen ausländischen Länder- oder Kontinentalschwerpunkt in ihrer Arbeit setzen, liegt ein relativ ausgeglichenes Verhältnis zwischen den außereuropäischen Kontinenten vor. Die häufigsten Arbeitsbezüge gibt es zu Lateinamerika (37 %), gefolgt von Asien (32 %) und Afrika (26 %) (siehe Abb. 17). Mehrere Gruppen arbeiten zu Peru, Brasilien und Indien, gefolgt von Ghana und Nicaragua. Weitere Länderschwerpunkte existieren in Afghanistan, Burkina Faso, China, Demokratische

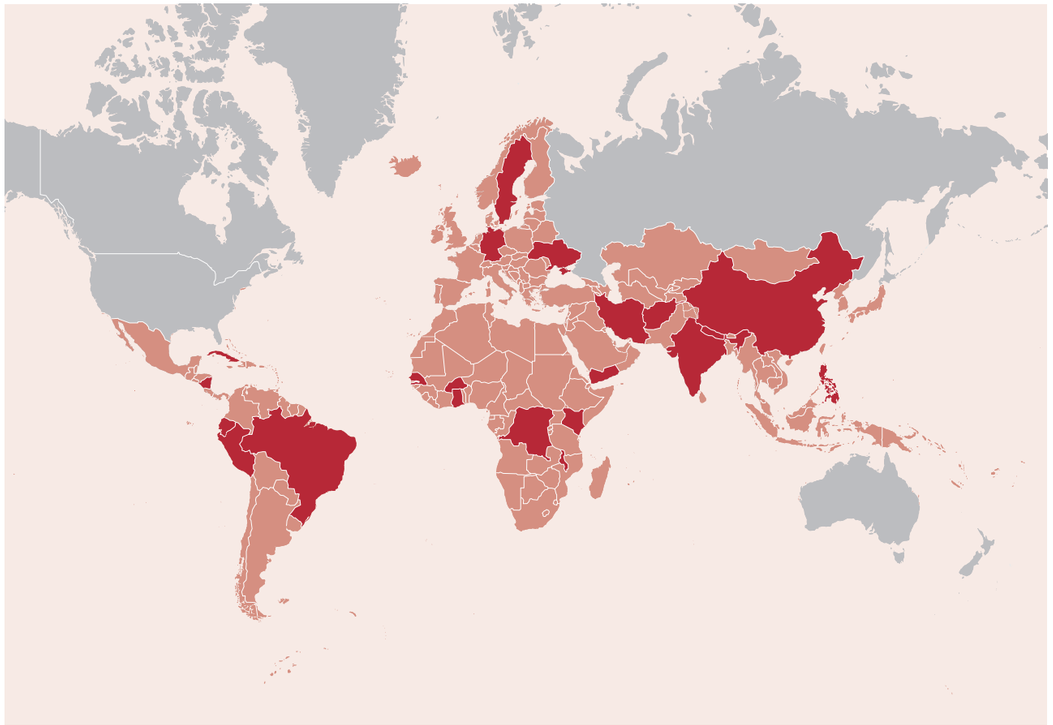

Abb. 18: Primärer Arbeitsbezug zu Ländern und Kontinenten. Orange: Kontinentalbezug; Rot: Länderbezug

Republik Kongo, Ecuador, Gambia, Iran, Jemen, Kenia, Kuba, Malawi, Nepal, den palästinensischen Autonomiegebieten, die Philippinen, Schweden, Senegal, Südkorea, Togo und in die Ukraine (s. Abb. 18).

Neben den Gruppen mit einem Arbeitsfokus im Ausland sind weitere 10 % auch in Länder außerhalb der EU vernetzt. Somit steht die Hälfte aller Gruppen in Austausch oder Zusammenarbeit in Ländern außerhalb der EU.[4] Mit Kooperation und Austausch außerhalb der EU verfolgen die Gruppen in der Regel mehrere **Zwecke**. Diese reichen von finanzieller Unterstützung, beispielsweise im Rahmen von Hilfsprojektpartnerschaften, über fachliche bzw. ideelle Unterstützung und Austausch bis hin zu kulturellem Austausch und Mitgliedschaften in globalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken.

Bei einer großen Mehrheit der Gruppen (81 %) ist fachlicher Austausch zu gemeinsamen Themen Teil ihrer Zusammenarbeit. Auch die fachliche oder ideelle Unterstützung der Partnergruppe wird von 58 % aller Gruppen geleistet. Als dritthäufigster Zweck wird der kulturelle Austausch von 40 % der Gruppen angegeben.

4 Unter den Gruppen ohne Austausch und Kooperation außerhalb der EU sind Gruppen mit einem primären Arbeitsbezug zu Deutschland anstelle eines Auslandsfokus besonders stark vertreten.

Damit sind drei immaterielle Zwecke die häufigsten Begründungen für weltweite Partnerschaft und Vernetzung. Im Verhältnis hierzu findet in deutlich weniger Fällen, bei 46 % der Gruppen, eine Form der finanziellen Unterstützung statt. Diese wird fast ausschließlich im Rahmen von Hilfspartnerschaften geleistet, die 40 % aller Gruppen durchführen. Die überwiegende Mehrheit pflegt ausschließlich fachlich-ideelle Formen der Zusammenarbeit, ebenso gibt es einen größeren Anteil Gruppen, die fachliche und finanzielle Zusammenarbeit kombinieren (siehe Abb. 19). Gruppen, die ausschließlich finanzielle Zusammenarbeit betreiben, machen mit Abstand den kleinsten Anteil aus. Die Dimension der fachlich-ideellen Zusammenarbeit hat also zentrale Bedeutung.

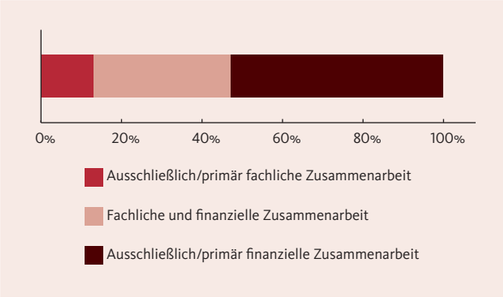

Abb. 19: Finanzielle und/ oder fachliche Zusammenarbeit

Mit 45 % ist auch ein nennenswerter Anteil der Gruppen **innerhalb der EU vernetzt**. Dabei sticht die Wichtigkeit der grenznahen Lage deutlich hervor. In die Schweiz und nach Frankreich existieren mit Abstand die meisten Verbindungen; mehr als die Hälfte der Gruppen mit EU-Netzwerken pflegt hierher Kontakte. Mit den nächst häufig genannten Ländern Österreich, Spanien und Italien zeigt sich außerdem eine eindeutig dichtere Vernetzung in den südwesteuropäischen Raum.[5]

Auch in der EU-Vernetzung bezweckt die überwiegende Mehrheit der Gruppen einen fachlichen Austausch (70 %). Fachliche Unterstützung ist hingegen seltener Anlass für die Vernetzung und spielt nur für 34 % der Gruppen eine Rolle. Eine finanzielle oder materielle Unterstützung der Partnergruppe wird äußerst selten bezweckt. Der kulturelle Austausch ist etwas häufiger relevant als in der weltweiten Vernetzung.

Bezüglich der **Werte in der internationalen Zusammenarbeit** ist vielen Gruppen im internationalen Austausch wichtig, den Partner_innen „auf Augenhöhe“ zu begegnen (siehe Textbox 5). Konkret bedeutet dies, eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zu verfolgen und die gegenseitige Souveränität zu achten. Betont wird auch, dass es darum geht, voneinander zu lernen und gemeinsam nach zukunftsfähigen Lösungen für globale Probleme zu suchen. Der persönlichen Begegnung wird hierbei ein wesentlicher Wert eingeräumt.

Bestehende Partnerschaften basieren in vielen Fällen auf gleichen politischen oder gesellschaftlichen Überzeugungen. Diese beziehen sich sowohl auf gemeinsame Ziele wie Demokratieförderung oder Verwirklichung von Menschenrechten als auch auf geteilte Wertvorstellungen. Dabei werden mitunter Konzepte wie „Entwicklung“ oder „Weltbürgertum“ gemeinsam diskutiert und weiterentwickelt. Durch strategische Vernetzungen sollen lokale Initiativen mehr Sichtbarkeit und Schlagkraft erhalten.

TEXTBOX 5

Beispiele dafür, was Gruppen in der internationalen Vernetzung bzw. Partnerschaft wichtig ist

„Gleichberechtigung beider Partner“

„Achtung der Souveränität der PartnerInnen.“

„Wir brauchen für unsere Projekte eine fachliche Einschätzung, wie wir am effektivsten helfen können, und stehen dafür im Kontakt mit Fachleuten vor Ort in Kontakt und suchen immer wieder neue Kontakte.“

„Gemeinsamkeiten der ideellen Anschauung“

„Gemeinsame Konzepte zum Kosmopolitismus und zur Postwachstumsgesellschaft erörtern“

5 Weitere 10 % der Gruppen gaben an, in europaweiten Netzwerken bzw. ohne speziellen Länderbezug in Europa vernetzt zu sein. Weitere Vernetzung existiert vereinzelt nach Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Rumänien, Bulgarien, Dänemark, Griechenland, Irland, Kroatien, Lettland, Luxemburg, Schweden und Zypern.

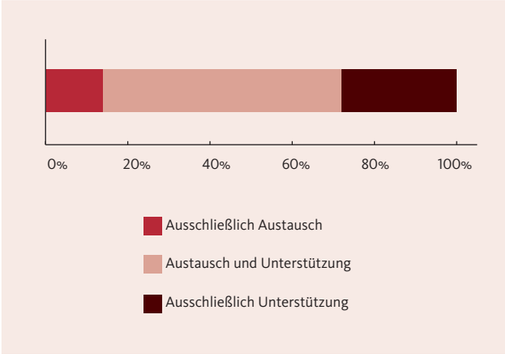

Abb. 20: Unterstützung und/ oder Austausch, N=43

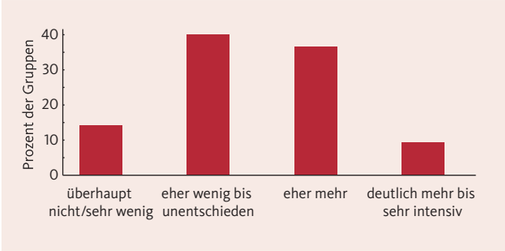

Abb. 21: Stand der eigenen Vernetzung gewichtet, zusammengefasst, N=85

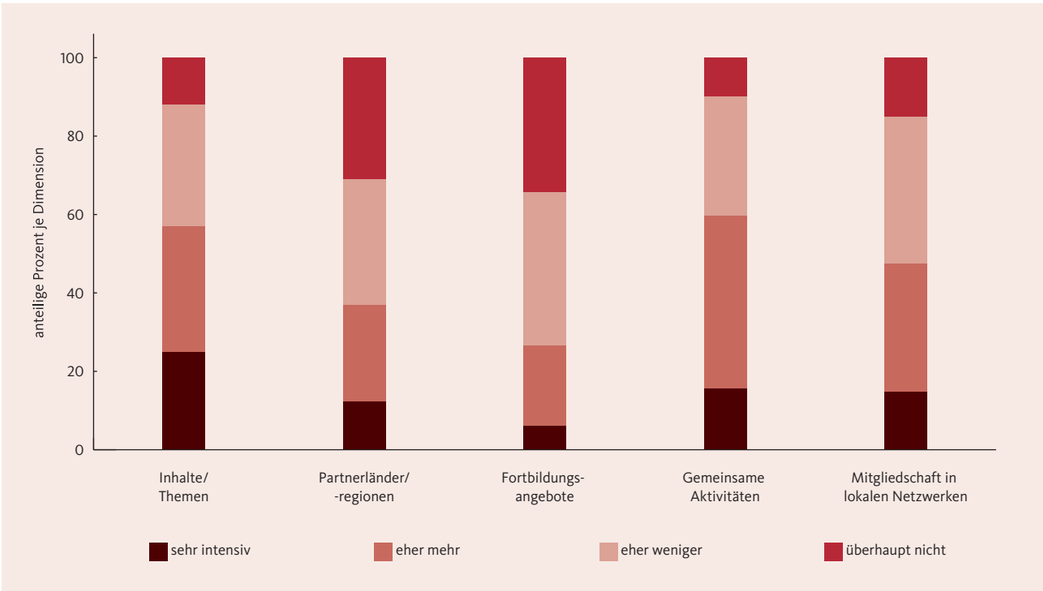

Abb. 22: Stand von Austausch und Vernetzung in verschiedenen Dimensionen, N=85

Demgegenüber werden andere klassische Begrifflichkeiten, die einen Transfer von Nord nach Süd implizieren – beispielsweise „Armutsbekämpfung“ oder „Hilfe zur Selbsthilfe“ – selten verwendet. Ebenso selten werden Ungleichheiten zwischen Partner_innen thematisiert. Klassische Elemente von Entwicklungsprojekten werden also im Verhältnis zu partnerschaftlichen und vernetzenden Strukturen und Werten des persönlichen Umgangs miteinander weniger zum Selbstverständnis herangezogen.

Ein Vergleich davon, in welchem Verhältnis Austauschs- und/oder Unterstützungszwecke voneinander getrennt oder in Kombination verfolgt werden, deutet darauf hin, dass das ambitionierte Selbstverständnis gleichberechtigter Zusammenarbeit in der Praxis nicht immer umgesetzt werden kann. Während Austausch einen bidirektionalen Prozess markiert, versteht sich Unterstützung als eher unidirektional. Knapp drei Viertel der Gruppen bezwecken in ihrer Partnerschaft außerhalb der EU Unterstützungsleistungen, nur gut ein Viertel steht ausschließlich für Austauschzwecke in Kontakt (siehe Abb. 20).

Stand und Bedarf an lokaler Vernetzung, Austausch und Kooperation

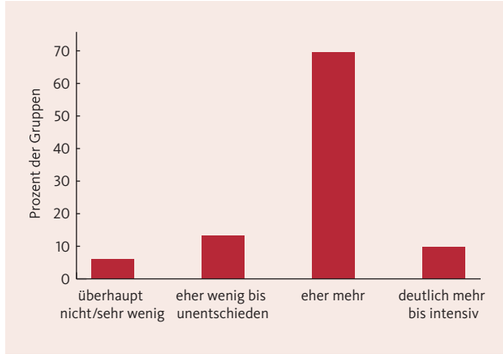

Abb. 23: Bedarf an Austausch und Vernetzung in Freiburg/ Regio, gewichtet zusammengefasst, N=82

Es gibt bereits einen ausgeprägten **Umfang an Vernetzung, Austausch und Kooperation** der Zivilgesellschaft innerhalb Freiburgs und der Region. Drei Viertel der Gruppen schätzen sich dabei weder als besonders intensiv noch als besonders schwach vernetzt ein (siehe Abb. 21). Im Durchschnitt wird die Vernetzung als eher niedrig empfunden, lediglich knapp 10 % fühlen sich sehr intensiv vernetzt. Für diesen Durchschnittswert sind jedoch besonders die insgesamt niedrigen Vernetzungsempfindungen durch Fortbildungsangebote und mit Bezug zu Partnerländern/-regionen verantwortlich (siehe Abb. 22), während Austausch zu gemeinsamen Themen und Kontakt durch gemeinsame Aktivitäten deutlich intensiver empfunden wird (beide mit rund 60 % als relativ bis sehr intensiv). Knapp die Hälfte aller Gruppen sieht sich auch durch Mitgliedschaften in lokalen Netzwerken intensiv (33 %) oder sehr intensiv (15 %) eingebunden. Lediglich 12 % stehen überhaupt nicht über gemeinsame Themen in Austausch und nur knapp 10 % der Gruppen fühlt sich überhaupt nicht über gemeinsame Aktivitäten mit anderen Gruppen verbunden.

Hinsichtlich des **Bedarfs der Gruppen an mehr lokalem Austausch und Vernetzung** sind vor dem Hintergrund des derzeitigen Standes zwei Beobachtungen besonders interessant: Erstens sind Bedarf bzw. Interesse an mehr Austausch und Kooperation im lokalen Raum insgesamt groß (siehe Abb. 23). 80 % aller Gruppen würden hiervon profitieren, davon 10 % insgesamt sehr stark. Niedrigen oder gar keinen Bedarf bzw. Interesse an mehr lokaler Vernetzung haben hingegen lediglich 21 %.

Zweitens ist der Bedarf bzw. das Interesse an mehr lokalem Austausch und Kooperation in den Bereichen am höchsten, in denen bereits tendenziell intensiver miteinander zusammengearbeitet wird, nämlich im Austausch zu gemeinsamen Themen sowie in der Durchführung gemeinsamer Aktivitäten. Hingegen besteht in den Bereichen, in welchen bisher eher wenig Austausch und Kooperation auf lokaler Ebene empfunden wird, auch tendenziell weniger Bedarf. Dies gilt insbesondere für den Austausch zu Partnerländern/-regionen, aber auch für Fortbildungsangebote.

Dieser Vergleich lässt darauf schließen, dass die existierenden Vernetzungsangebote und -aktivitäten an sich inhaltlich gut auf die Interessen der Gruppen eingestellt sind, dass aber die Möglichkeit vermehrter Angebote generell auf Interesse stoßen würde. Wie diese gezielt aussehen könnte, schlagen einige Gruppen in Kommentaren und Anregungen vor (siehe Textbox 6). Hier wird nicht nur mehr thematisch gebündelter Austausch vorgeschlagen (z. B. für Bildungsinitiativen, zu Friedensfragen, zu den SDGs), sondern es wird auch ein systematischeres Vorgehen und eine gemeinsame öffentliche Außendarstellung angeregt. Es brauche verstärkte Rahmenbedingungen für gemeinsame Kreativität und Synergiefindung, zum Beispiel um Konkurrenz bei der Akquise von Fördermitteln zu minimieren, und eine größere Plattform für Austausch und

TEXTBOX 6

Beispiele für Anregungen hinsichtlich zivilgesellschaftlichen Austauschs und Vernetzung in Freiburg / Regio

„Gut wäre ein gemeinsamer Terminpool, (...) eine gemeinsame Postadresse, (...). Gemeinsame Werbestrukturen sind dringend notwendig.“

„Austausch ist hilfreich, konkretes Planen von gemeinsamen Projekten (moderiert) wäre noch mehr gefragt.“

„Förderanträge sind komplex und zeitraubend. Beratung und Erfahrungsaustausch wäre nicht schlecht.“

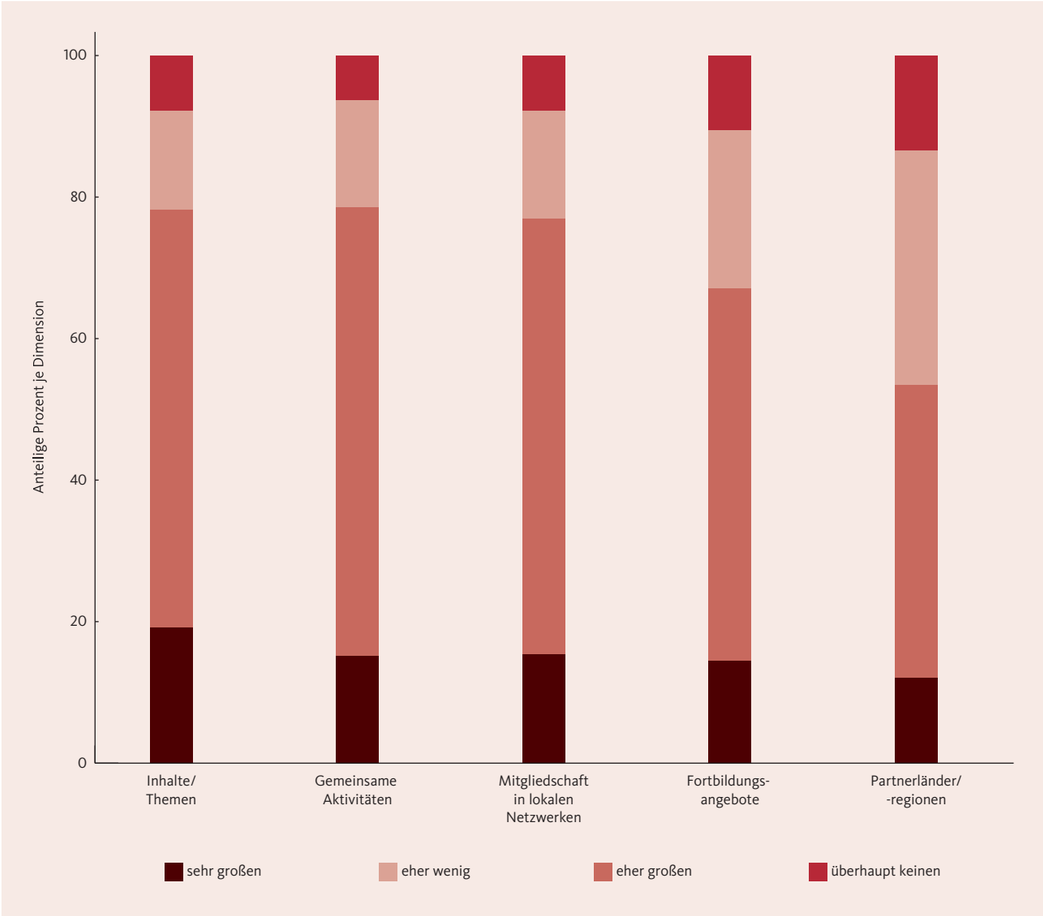

Abb. 24: Bedarf an Austausch und Vernetzung in Freiburg/ Regio in verschiedenen Dimensionen, N=82

Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise durch ein zentrales jährliches Treffen und gemeinsame Veranstaltungen.

Das Interesse an lokaler Vernetzung scheint also noch nicht ausgeschöpft. Nur für einige wenige Gruppen sind die zeitlichen Kapazitäten für weitere Vernetzungsanstrengungen eher gering. Der Mehrbedarf besteht, obwohl bereits Netzwerkstrukturen etabliert wurden. Diese zu stärken, anstatt Doppelstrukturen zu schaffen, wird in einigen Kommentaren angeregt.

Zusammenarbeit mit der Freiburger Stadtverwaltung

Viele zivilgesellschaftliche Gruppen stehen in unterschiedlicher Weise in **Kontakt mit der Freiburger Stadtverwaltung**. Generell arbeiten bzw. arbeiteten mit 61 % bereits mehr als die Hälfte aller Gruppen mit der Stadt Freiburg zusammen (siehe Abb. 25). Die **Intensität des Kontaktes** rangiert dabei zwischen einmaligem Kontakt über mehr oder weniger regelmäßigen Kontakt bis hin zu häufigem Austausch (siehe Abb. 26). Die meisten Gruppen liegen im Mittelfeld zwischen einem und mehreren Kontaktmomenten/Treffen pro Jahr. Nur sehr wenige Fälle hatten erst einmalig Kontakt zur Stadt Freiburg, während immerhin 20 % auf kontinuierlicher Basis Kontakt pflegen. Dabei steigt die Intensität des Kontaktes nicht anteilig zu einer finanziellen städtischen Förderung.

Die **Kontaktstellen** in der Stadtverwaltung sind so vielfältig wie das entwicklungspolitische Engagement selbst. Als wichtigste Anlaufstellen stechen vor allem die Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement bzw. das ehemalige Agenda 21-Büro, aber auch das Amt für Migration und Integration, die Abteilung Internationale Kontakte und das Kulturamt hervor. Im Umwelt- und Ressourcenbereich existieren Kontakte zur Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement, zum Umweltdezernat und dem Umweltschutzamt sowie zum Green City-Büro. Diese sind jedoch seltener genannt. Weitere relevante Anlaufstellen sind die Frauenbeauftragte, das Amt für Soziales und Senioren und die Koordinationsstelle Inklusion.

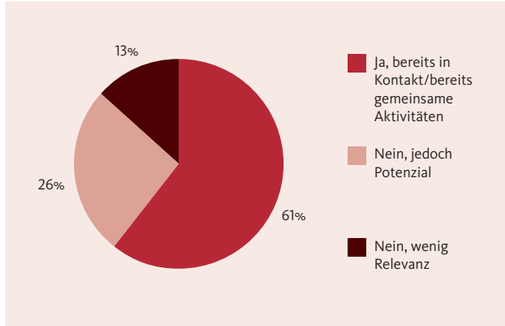

Abb. 25: Bisherige Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Freiburg, N=84

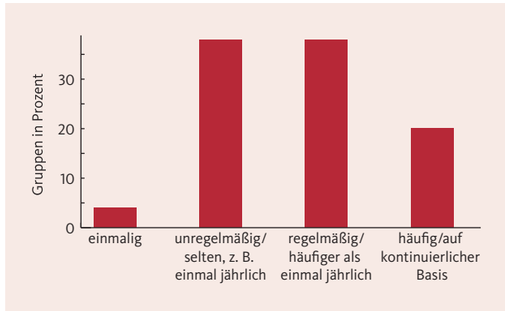

Abb. 26: Intensität des Kontakts zur Stadtverwaltung Freiburg, N=50

39 % der Gruppen haben bisher nicht mit der Stadt zusammengearbeitet. Zwei Drittel davon sehen hier jedoch Potenzial. Sie führen die bisherige Inaktivität größtenteils auf den Mangel an Anlässen und Angeboten bzw. an Informationen zu existierenden Angeboten zurück. „Wir haben wenige Anknüpfungspunkte gesehen. Es ist unklar, wie eine Zusammenarbeit aussehen könnte“, bringt dies eine Gruppe auf den Punkt. Weitere Gründe sind begrenzte zeitliche Kapazitäten oder ein zu kurzes Bestehen der Gruppe.

Unter den **Anregungen**, welche Form der Kooperation oder welche Art des Engagements sinnvoll wäre, stellen sich verschiedene Dienstleistungen der Stadt als relevant heraus. Allen voran würde das Angebot (niederschwelliger) finanzieller Förderung auf großen Bedarf stoßen. Finanzielle Förderung wird für Eine-Welt-Aktivitäten generell formuliert, aber auch hinsichtlich bestimmter Themen oder für spezifische Kostenpunkte wie Veranstaltungen oder Printmaterial.

Neben der direkten finanziellen Förderung wird die Stadt um die Bereitstellung von Infrastruktur gebeten. Großer Bedarf besteht an Veranstaltungsräumen wie auch Büroräumlichkeiten. Ein von der Stadt mitgetragenes bzw. geplantes „Haus des Engagement“ wird angeregt. Aber auch der Zugang zum öffentlichen Raum sollte verbessert werden, um Kampagnen und Projekte wirksamer durchführen zu können. Für solche Dienstleistungen wäre ein erster wichtiger Schritt die unkomplizierte Bereitstellung sortierter Informationen, beispielsweise durch einen Leitfaden zur Beantragung von

TEXTBOX 7

Beispiele für politische Forderungen für globale Verantwortung an städtisches Engagement

„Bessere Umsetzung von Standards der fairen Beschaffung“

„einen Platz des Friedens, ‚Solidarity City‘ werden, Beschluss zum Abschiebestopp für Roma umsetzen“

„‘Mayor for Peace‘ mit Leben erfüllen, keine Rüstungs- und Kriegsforschung, keine Rüstungsproduktion“

„dass auch die Offiziellen der Stadt Freiburg Verantwortung übernehmen – nicht nur gegenüber Israel sondern auch gegenüber Palästina“

„Fördermitglied der Initiative, CO2 Abgabe e.V.‘ werden“

Nutzungsgenehmigungen öffentlicher Plätze, einer umfassenden Liste verfügbarer buchbarer Räume für Veranstaltungen und einer bessere Übersicht von möglichen städtischen Zuschüssen.

Die Einrichtung eines von der Stadtverwaltung bereitgestellten öffentlichen digitalen Portals stellt eine zentrale Idee für konkrete nächste Schritte dar.[6] Auf der Plattform könnten Eine-Welt-Gruppen in einer Datenbank, die thematische und regionale Sortierung zulässt, sich und ihre Aktivitäten darstellen und Veranstaltungshinweise bekanntmachen. Die Plattform könnte unter Umständen auch relevante städtische Akteure und ihre entwicklungspolitischen Projekte erfassen, sodass Ansprechpartner_innen für bestimmte Themen sichtbarer wären.

Des Weiteren könnte eine städtische Kontaktstelle für Eine-Welt-Gruppen beispielsweise Kontakte zu relevanten Stellen in der Verwaltung herstellen, die für Außenstehende nicht immer gut zugänglich sind. Dabei wäre generell eine eindeutigere Kommunikation darüber hilfreich, welche Ansprechpartner_innen in der Verwaltung für welche unterschiedlichen Belange zuständig sind. Auch die Idee eines zentralen Büros für Beratung und Verwaltung von Projektgeldern für kleinere Vereine wurde geäußert. Vereinzelt wurde das Bedürfnis nach einer Vernetzungsleistung zu anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren durch die Stadt formuliert.

Neben diesen konkreten Unterstützungsbedarfen fordern viele Gruppen von der Stadt insgesamt stärkeres Engagement in den Bereichen Nachhaltigkeit und Entwicklung (siehe Textbox 7). Generell wird gefordert, dass die Stadt Freiburg Entwicklungsthemen mehr Priorität einräumt bzw. sich in einzelnen Themen stärker engagiert, unter anderem durch eine verstärkte Bereitstellung der oben aufgeführten Dienstleistungen. Konkret formulierte Forderungen liegen mehrheitlich in den Themenbereichen Frieden und Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz, und faire Beschaffung.

Auch gemeinsame Aktivitäten werden umfangreich angeregt, beispielsweise in der Veranstaltungsplanung (gemeinsame Veranstaltungen, gegenseitige Bewerbung von sowie Einladung zu und Beteiligung an städtischen Veranstaltungen), aber auch in Form gemeinsamer Projektanträge (siehe Textbox 8). Immer wieder wird der Wunsch nach mehr inhaltlichem Austausch mit städtischen Akteuren vorgebracht. Dabei wird teilweise auf das verfügbare Fachwissen engagierter Gruppen verwiesen, von dem die Stadtverwaltung profitieren könnte. Andere Gruppen formulieren den Wunsch nach inhaltlicher oder ideeller Unterstützung der eigenen Arbeit. Konkret liegt großes Interesse an regelmäßigeren Treffen/Runden Tischen zu spezifischen Themen zur weiteren Vernetzung unter den Gruppen einerseits und mit städtischen Vertreter_innen andererseits. Auch ein gemeinsames Planen weiterer strategischer Schritte der kommunalen Entwicklungspolitik im Rahmen von Planungstreffen trifft auf großes Interesse. Letztlich erhofft man sich auch, dass die Stadtverwaltung die Vernetzung zu anderen Akteuren in der Stadt mit voranbringt, etwa zu internationalen Kontakten an den Hochschulen oder im Dialog mit wirtschaftlichen Vertreter_innen. Hieraus könnten sich gemeinsame Vorhaben entwickeln, beispielsweise mit Bezug zu geflüchteten

6 Diese Anregung kristallisierte sich vor allem auf der Dialogveranstaltung zwischen Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft am 11. März 2019 zur Diskussion der vorläufigen Studienergebnisse heraus.

Studierenden oder zurückkehrenden Fachkräften von Freiburger Hochschulen.

Neben diesen inhaltlichen Anregungen wünschen sich einige Gruppen generell mehr Wertschätzung und Anerkennung. Eine intensivere Zusammenarbeit müsse offen und konstruktiv, vertrauensvoll und auf Augenhöhe verlaufen. Forderungen nach „Anerkennung“ oder „Dialogbereitschaft“ deuten darauf hin, dass dies bisher nicht immer so empfunden wurde (siehe Textbox 8). Hierzu würde eine klare, transparente Informationsbereitstellung über mögliche Unterstützungsleistungen bereits einen Beitrag leisten. Ebenso würde eine regelmäßigere und konkretere Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Vernetzungsakteuren über unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche und gegenseitige Unterstützungsleistungen sowie strategische Entwicklungen zu mehr Transparenz und gegenseitiger Anerkennung führen.

13 % aller Gruppen schätzen die Stadtverwaltung nicht als eine relevante Kooperationspartnerin ein. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich. Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Interesse an der Stadtverwaltung als Kooperationspartnerin sowie dem durchschnittlichen Stand und Bedarf an lokaler Vernetzung. Lokal weniger vernetzte Gruppen sowie weniger an lokaler Vernetzung interessierte Gruppen sind also tendenziell auch an einer Kooperation mit der Stadt Freiburg seltener interessiert. Einige Gruppen sagten aus, dass sie (bisher) die kommunale Ebene generell nicht als relevant für ihre Arbeit gesehen haben. Andere Gruppen nehmen hingegen einen Unwillen der Stadt wahr, mit ihnen zu kooperieren. Nur vereinzelt sehen Gruppen, die sich an der Erhebung beteiligt haben, in einer Kooperation eine potenzielle Gefährdung ihrer Autonomie und Unparteilichkeit.

TEXTBOX 8

Beispiele für konkrete Anregungen für gemeinsames Engagement

„aktive Beteiligung an stadtweiten ‚Eine-Welt-Tagen‘“

„Klimapartnerschaft mit einer Gemeinde im peruanischen Amazonasgebiet“

„Städtefreundschaft für Entwicklung mit Lomé vorantreiben“

„Partnerschaftliche Kooperation bei Umweltbildungsprojekten“

„Projekt für die Aufklärung der rechtlichen Stellung der Frauen in der deutschen Gesellschaft für Migrant_innen“

„dass die Stadt (...) den Freiburger Stadtkaffee Freinica wirklich als solches auch promotet, nützt, einsetzt und konsumiert.“

„Austausch für die weitere Entwicklung des Umweltimages der Stadt“

Diskussion der Umfrageergebnisse

Zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich globaler Verantwortung ist im Vergleich zum gesamten bürgerschaftlichen Engagement ein vergleichsweise junges und kleines Feld in Deutschland (Priemer, Krimmer & Labigne 2017, S. 14), das bisher wenig erforscht ist (Spielmans 2014, S. 1). Es ist deshalb interessant, die Freiburger Umfrage in einen breiteren Kontext zu stellen.

Eine repräsentative Studie über zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland aus dem Jahr 2017 („Ziviz-Survey“) beschreibt „Internationale Solidarität“ als ein junges Handlungsfeld zivilgesellschaftlichen Engagements, das einen deutlichen Anstieg an Gründungen erst seit den 1990er und noch deutlicher seit den 2000er Jahren erfahren hat (vgl. Priemer, Krimmer & Labigne 2017). Außerdem haben Gruppen in diesem Feld im Durchschnitt weniger aktive Personen als andere Engagement-Felder, nur 18 % haben über 100 Mitglieder. Beide dieser Beobachtungen decken sich mit den in Freiburg erhobenen Daten.

Dass Menschen in anderen Ländern im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen, wird im Ziviz-Survey als ein Alleinstellungsmerkmal des Handlungsfeldes „Internationale Solidarität“ herausgestellt (vgl. Priemer, Krimmer & Labigne 2017, S. 14). Die Beteiligung der ausländischen Zielgruppen nimmt für zivilgesellschaftlich organisierte Entwicklungsprojekte selbst einen hohen Stellenwert ein (Spielmans 2014, S. 2). Dies wird auch in den geschilderten Motivationen der Freiburger Gruppen deutlich. Jedoch sind die

TEXTBOX 9

Kritische Blickwinkel auf die bisherige Zusammenarbeit mit der Stadt

„Die Stadt ist für uns idealerweise eine unter Gleichen und nicht eine zentrale Akteurin, auch wenn die Stadt leider dies immer mal wieder meint, wenn sie bei Dingen mit dabei ist."

„Statt langjährige Vernetzungsarbeit zu fördern, werden nun neue Strukturen geschaffen. Das ist Verschwendung von Zeit. Man könnte gemeinsam viel weiter kommen."

Motivationsgründe von Freiburger Gruppen mit globalem Bezug um einiges vielfältiger als diese Daten, die sich auf Gruppen mit internationaler Zusammenarbeit beschränken, darstellen. Hier greift das Verständnis von „Internationaler Solidarität" vielleicht etwas zu kurz. Die Überzeugung, sich für die Verantwortungsübernahme für globale Verflechtungen von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungen stark zu machen, prägt die Freiburger entwicklungspolitische Zivilgesellschaft. Somit erklärt sich auch, dass die Motivation in vielen Gruppen nicht (allein) in dem Alleinstellungsmerkmal des internationalen Austauschs liegt.[7]

Dies beeinflusst auch den regionalen Fokus der Gruppen sowie ihre Aktivitäten und bearbeiteten Inhalte. Das Themenspektrum unter Freiburger Gruppen ist insgesamt breit aufgestellt. Die Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit im Inland, vor allem zu Themen im Bereich Umwelt & Ressourcen, macht einen zentralen und weit verbreiteten Schwerpunkt ihrer Arbeit aus. Auch in einer Umfrage zum Eine-Welt-Engagement, die die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) 2017 unter engagierten Bürger_innen in Baden Württemberg durchführte, findet sich dieser Schwerpunkt auf Bildungsarbeit und auf Umwelt- und Ressourcenschutz wieder. In der SEZ-Umfrage wurde einzig das Engagement im Fairen Handel noch häufiger angegeben, was unter den in Freiburg erhobenen Daten einen geringeren Anteil ausmacht.[8]

Auch die Kontinental- und Länderschwerpunkte zeigen eine breite Verteilung. Im Vergleich mit der Landesebene sind in Freiburg Lateinamerika-Bezüge umfangreicher vorhanden, während Engagement mit Bezug zu Afrika im Verhältnis einen kleineren Anteil als in ganz Baden-Württemberg ausmacht.[9] Mit Peru und Brasilien sowie Indien decken sich aber Schwerpunkte des Engagements in Freiburg mit denen im restlichen Baden-Württemberg.

Die Inhalte der Projektarbeit im Partnerland, die Freiburger Gruppen durchführen, decken sich ebenfalls in weiten Teilen mit den Daten auf Landesebene. Bildung und Ausbildung wird dort ebenso mit Abstand am häufigsten aufgegriffen, gefolgt von Gesundheit. Bemerkenswert ist, dass Umwelt- und Ressourcenthemen in der Projektarbeit im Partnerland von Freiburger Gruppen seltener verfolgt wird als von Gruppen in Baden-Württemberg insgesamt. Hingegen wurden Themen zu Frieden, Menschenrechten und Demokratie von Freiburger Gruppen häufiger in Projektarbeit im Partnerland bearbeitet.

Das entwicklungspolitische Engagement der relativ kleinen, oft ehrenamtlich arbeitenden Gruppen finanziert sich in Deutschland vornehmlich aus Spenden (Spielmans 2014).

7 Dennoch ist die Achtung der Partnergruppe „auf Augenhöhe" in der zwischenmenschlichen Aktion als Leitmotiv für engagierte Menschen wichtig. Dies in die Praxis umzusetzen, unter den ungleichen Voraussetzungen der Partnergruppen aufgrund anhaltender ungerechter politischer und ökonomischer Makrostrukturen, ist eine große Herausforderung international aktiver Zivilgesellschaft insgesamt (Danielzik 2013).

8 Die Umfrage der SEZ wurde – anders als die Umfrage der vorliegenden Bestandsaufnahme – an Individuen adressiert anstatt an Gruppen, sodass Vergleiche nur als Indizien verstanden werden können.

9 Der hohe Afrika-Bezug auf Landesebene kommt durch Bezug zu einer Vielzahl von Ländern zustande, am häufigsten jedoch zu Burundi, dicht gefolgt von Tansania und Uganda. Bemerkenswert ist, dass alle drei Länder, insbesondere Burundi als Partnerland Baden-Württemberg, in der Freiburger Erhebung nicht genannt wurde.

Auch diese Beobachtung deckt sich mit Freiburger Gruppen. Wenn jedoch Finanzmittel von externen Institutionen eingeworben werden, verschiebt sich die Relevanz in Richtung der externen Gelder. Die Mitteleinwerbung erweist sich jedoch aufgrund mangelnder Kapazitäten und umständlicher Antragsmodalitäten als schwierig. Hieraus ergibt sich einer der großen Bedarfe der Freiburger Gruppen an unkomplizierteren Förderungsformaten.

Die Frage nach Nähe und Distanz zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist, hinsichtlich der Autonomie des „dritten Sektors" vom Staat einerseits und seiner Finanzierung und Einflussnahme andererseits von zentraler Bedeutung. Es wird kontrovers diskutiert, ob Autonomieverluste durch staatliche Förderung drohen (vgl. Roose & Adloff 2011, S. 4). In Freiburg erhalten 37 % der Gruppen Förderung durch das BMZ, viele weitere erhalten Mittel aus weiteren öffentlichen Quellen. Trotzdem ist der Bedarf an Zugang zu öffentlichen Fördermitteln weiterhin groß, während das Risiko des Autonomieverlustes nur sehr selten genannt wird. Das BMZ baut zwar seine finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft, die derzeit mit mehr als 11 % des BMZ-Haushalts bereits einen beachtlichen Posten ausmacht, weiter aus. Der größte Teil der entwicklungspolitischen zivilgesellschaftlichen Ressourcen wird jedoch von wenigen großen, professionellen Nicht-Regierungsorganisationen eingesetzt (vgl. Spielmans 2014, S. 1). Für die lokale Zivilgesellschaft in Freiburg bleibt die Förderung von Kosten, die nicht von externen Projektmitteln abgedeckt werden können „vornehmlich für Räumlichkeiten und Grundfinanzierung – ein großer Bedarf, ebenso wie die Beratung zur entsprechenden Fördermitteleinwerbung.

Viele der kleinen zivilgesellschaftlichen Gruppen mit internationalem Bezug in Deutschland sind nicht in Dachverbänden organisiert, wie anhand bisher verfügbarer Daten festgestellt wurde (vgl. Spielmans ebd.). In Freiburg existiert mit dem Eine-Welt-Forum kein Dachverband, jedoch ein zentrales Netzwerk, das sich als Bindeglied von Freiburger Engagement mit globalem Bezug versteht. In Anbetracht des insgesamt erheblichen Interesses an mehr und systematischerer Vernetzung und Austausch sowie des Mitgliederumfangs des Forums im Vergleich zum quantitativen Ausmaß möglicher aktiver Gruppen (ausgehend von der Streuung der Einladung zur Umfrage an mehr als 350 Adressen) kann hier Ausbaubedarf identifiziert werden.

Bezüglich der Einrichtung eines Online-Portals sind strategische Entscheidungen zu treffen, ob dies von der Stadtverwaltung angeboten werden kann bzw. soll, oder ob sich eine Zusammenarbeit mit anderen möglichen Dienstleistern aus Zivilgesellschaft oder auf Landesebene anbietet, da hier bereits einige digitale Vernetzungsangebote existieren und ebenfalls ausgebaut werden sollen.

Eine systematischere inhaltliche Zusammenarbeit mit der Stadt stößt ebenfalls auf das Interesse einer Mehrheit der Gruppen. Engagierte Gruppen haben, neben einer Reihe konkreter Unterstützungsbelange, Interesse an gemeinsamen Veranstaltungen und Treffen. Klare inhaltliche Austauschinteressen reichen bis zu politischen Anregungen gegenüber der Stadt. Hieran wird erneut die Stoßrichtung der Motivation vieler Gruppenmitglieder deutlich: heute etwas an den politischen Bedingungen zu verändern, die die Welt global ins Ungleichgewicht bringen. Mit diesem tatkräftigen Engagement scheint an einigen Stellen vorsichtige Skepsis durch, wie intensiv sich dies durch Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung aufgrund der politischen und administrativen Bedingungen, in der sie agiert, steigern ließe. Mit 61 % hatte ein erheblicher Anteil der beteiligten Gruppen bereits Kontakt zur Stadtverwaltung. Die Kontaktstellen in der Verwaltung sind recht breit gestreut und zum Teil bereits den thematischen Belangen der Gruppen angepasst. Das Referat für Internationale Kontakte stellt hier eine unter mehreren Kontaktstellen dar und es erscheint den Gruppen noch nicht umfänglich erkennbar zu sein, inwieweit die entwicklungspolitische Anlaufstelle für sie bisher konkret hilfreich ist.

2.2 Entwicklungspolitisches Engagement der Stadtverwaltung

Mit der Unterzeichnung der Resolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags hat sich Freiburg im Februar 2016 dazu verpflichtet, Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 2030 als Leitprinzip in der Stadtpolitik zu verankern. Mit der Koordination und Steuerung des Freiburger Nachhaltigkeitsprozesses ist die Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement beim Oberbürgermeister beauftragt. Kernstück der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie stellen die Freiburger Nachhaltigkeitsziele dar. Diese wurden im November 2017 orientiert an den global gültigen SDGs, auf Basis der bereits seit 2009 existierenden Nachhaltigkeitsziele fortgeschrieben.

Als eine übergeordnete Richtschnur dienen die Freiburger Nachhaltigkeitsziele zur Umsetzung von Konzepten, Maßnahmen und Aktivitäten in 12 kommunalen Handlungsfeldern. Stand und Fortschritt der Zielerreichung werden im Freiburger Nachhaltigkeitsbericht anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren und steuerungsrelevanten Kennzahlen erfasst. Der Freiburger Nachhaltigkeitsbericht wird regelmäßig mit dem städtischen Doppelhaushalt als ergänzendes Berichtswesen zum zielorientierten Einsatz finanzieller Ressourcen veröffentlicht, was in dieser Form einmalig in Deutschland ist.[10] Ferner sind die von der bundesweiten Initiative „SDG-Indikatoren für Kommunen“ erarbeiteten Indikatoren zur Abbildung der SDGs auf lokaler Ebene aufgeführt, die den Beitrag der Stadt Freiburg zur Agenda 2030 dokumentieren.

Als ein weiteres zentrales Instrument der Steuerung der städtischen Nachhaltigkeitspolitik wurde 2008 der Freiburger Nachhaltigkeitsrat gegründet. Das Beratungsgremium zu Fragen nachhaltiger Stadtentwicklung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters besteht aus 40 Mitgliedern aus Kommunalpolitik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Durch den Rat wird nicht nur dem Gemeinderat umfassende Expertise zu Verfügung gestellt und Empfehlungen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele ausgesprochen. Die Mitglieder werden auch als „Querschnitt des in Freiburg verfügbaren Innovationspotentials“[11] gesehen, die durch ihre Ratsmitgliedschaft in ihrer Multiplikator_innenfunktion gestärkt werden sollen.

Mit der bereits vorangebrachten strategischen Ausrichtung und innovativen nachhaltigkeitspolitischen Maßnahmen hat sich die Freiburger Stadtverwaltung insgesamt sehr aktiv an die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele begeben. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden beleuchtet, welche Strukturen der Stadtverwaltung zu Verfügung stehen, um die internationale Dimension der Agenda 2030 anzusetzen, und überblicksartig dargestellt, welche Maßnahmen sie bereits ergreift.

Zwei der Freiburger Nachhaltigkeitsziele greifen internationale Zusammenarbeit explizit auf. Eines davon thematisiert die Förderung nachhaltiger und fairer Beschaffung in der öffentlichen Verwaltung, ist jedoch (noch) nicht mit einem Indikator hinterlegt; das andere zielt auf den Ausbau „globaler Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung“ ab, die durch Multi-Akteurs-Partnerschaften ergänzt werden soll und bemisst sich nach öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit.

10 Im Dezember 2018 wurde der dritte Bericht veröffentlicht. Weitere Informationen sowie eine elektronische Version findet sich unter https://www.freiburg.de/pb/,Lde/1073066.html

11 https://www.freiburg.de/pb/,Lde/1227009.html

Die Zuständigkeit für kommunale Entwicklungspolitik der Stadt Freiburg liegt im Referat Internationale Kontakte, das ebenfalls direkt dem Oberbürgermeister zugeordnet ist. Das Referat ist in erster Linie Schnittstelle in den Beziehungen zu den Partnerstädten Freiburgs. Von den zwölf aktuellen Partnerstädten befinden sich drei in Ländern, die keine Mitgliedsstaaten der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) sind (Iran, Nicaragua, Ukraine). Im Rahmen von Städtepartnerschaften werden regelmäßig Projekte und Maßnahmen durchgeführt, für deren Konzeption und Koordination das Referat zuständig ist.[12] Eine Reihe dieser Projekte und Maßnahmen leisten konkrete Beiträge zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Aktuell finden zwei mehrjährige Projekte in der Partnerstadt Wiwilí (Nicaragua) sowie in Lemberg/Lviv (Ukraine) statt. Dabei geht es um Themen wie ökologische Landwirtschaft, Trinkwasserversorgung, Ressourcenmanagement und Energieeffizienz. Gefördert werden die Projekte maßgeblich vom BMZ.

Bei der Realisierung dieser und ähnlicher internationaler Projekte wird auf weitere verwaltungsinterne Expertise in städtischen Fachabteilungen oder Ämtern zurückgegriffen. So soll eine fachlich möglichst korrekte Durchführung der Maßnahmen erreicht werden. Die Expertise fließt durch Austausch und Vermittlung von Fachwissen in die Umsetzung der Projekte ein, beispielsweise zu Klimaschutzthemen aus dem Freiburger Umweltschutzamt.

Entwicklungspolitisches Engagement der Stadt wird jedoch auch in anderen Abteilungen geleistet und somit nicht nur vom Referat Internationale Kontakte gesteuert. Dies ist auf das zunehmend globale Verständnis entwicklungspolitisch relevanten Handelns zurückzuführen. Berührungspunkte bestehen dementsprechend in der Bereichen Umwelt und Nachhaltigkeit, Migration und Integration sowie Bildung. Beispiele hierfür sind die von einer städtischen Kindertagesstätte umgesetzte konzeptionelle Verankerung entwicklungspolitischer Themen als Schwerpunkt, die klimafreundliche Erzeugung von Holz in regionalen Wertschöpfungsketten, oder Kooperationen zwischen dem Freiburger Haupt- und Personalamt mit Migrant_innenverbänden, um Ausbildungssuchende mit Migrationshintergrund für Karrieremöglichkeiten in der Freiburger Stadtverwaltung zu sensibilisieren.

Im Referat Internationale Kontakte wurde vor rund zwei Jahren eine überwiegend vom BMZ finanzierte Projektstelle zur Förderung kommunaler Entwicklungspolitik angesiedelt. Die Koordinationsstelle soll als Schnitt- und Vernetzungsstelle zwischen zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteuren der Stadt Freiburg fungieren, engagierten Gruppen, Vereinen und Organisationen also als zentrale Anlaufstelle in der Stadtverwaltung zu Verfügung stehen. Die Koordinationsstelle bietet Hilfestellung und Beratung zu Fördermöglichkeiten und Umsetzung von Projekten sowie bei der Planung von Veranstaltungen zu Eine-Welt-Themen in Freiburg an. Darüber hinaus vermittelt sie Gruppen zu relevanten Abteilungen und Ämtern weiter, je nach thematischer Zuordnung.

Neben den Angeboten der Koordinationsstelle existieren weitere Schnittstellen von Kooperation zwischen entwicklungspolitischer Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung. In einigen Projekten mit Partnerstädten sind zivilgesellschaftliche Gruppen oder gemeinnützige Organisationen aktiv involviert. Sie unterstützen die Stadtverwaltung in

12 Neben der Koordinationsstelle für kommunale Entwicklungspolitik ist im Referat Internationale Kontakte auch die Stelle der Europabeauftragten der Stadt sowie das Green City-Büro angesiedelt, welches Fachbesuche von Fachpublikum, Politiker_innen, Wissenschaftler_innen oder Journalist_innen koordiniert.

TEXTBOX 10

Hochschulen & Bildungseinrichtungen

Albert-Ludwigs-Universität
Das Thema Nachhaltigkeit zieht sich wie ein grüner Faden durch die Universität. Im Arbeitskreis „Nachhaltige Universität“ werden Anstrengungen zentral gebündelt, um Nachhaltigkeit im universitären Alltag umzusetzen. Im Einklang mit Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz wird die Lehre als Ausbildung von Studierenden zu „global citizens“ verstanden, „die an globalen Fragen von heute lernen“. Mit der Anbahnung einer neuen Hochschulkooperation in Ghana bestehen zukünftig Möglichkeiten strukturierteren Austauschs mit einer Universität in Afrika.

Evangelische Hochschule
Auch die Evangelische Hochschule setzt ein holistisches Verständnis von Nachhaltigkeit um. Die Themen Nachhaltigkeit und Fairer Handel sind in allen Studiengängen verankert. Weltweites translokales Lernen über soziale Nachhaltigkeit, Gemeinwesen und Resilienz von Gemeinden wird besonders in den Fokus gestellt. Neben weltweiten Praktikumsnetzwerken mit Brot für die Welt besteht eine intensiv verfolgte Hochschulkooperation in Brasilien. Derzeit befindet sich die Evangelische Hochschule außerdem im Bewerbungsprozess als „Fairtrade-University“.

Katholische Hochschule
Die Katholische Hochschule baut seit 2008 ihre Partnerschaften jenseits Europas Grenzen systematisch aus. Dafür spielen die Netzwerke der Caritas international eine wichtige Rolle. Gemeinsame Aktivitäten laufen zum Beispiel in der Behindertenhilfe in Vietnam und Bolivien. In der Ukraine ist die Katholische Hochschule unter anderem in der Förderung der Zivilgesellschaft aktiv.

Pädagogische Hochschule
Bildung für Nachhaltige Entwicklung wird intensiv in der Forschung sowie als Querschnittsthema in der Lehre verfolgt und als möglicher Studienschwerpunkt angeboten. Nachhaltigkeit wird durch eine ganzheitliche Transformation der Lern- und Bildungsumgebung umgesetzt, beispielsweise durch eigene Photovoltaik-Anlagen. Die Internationalisierungsstrategie formuliert einen Schwerpunkt weltweiter Hochschulkooperation in der Entwicklungszusammenarbeit; Hochschulkooperationen bestehen unter anderem in Südamerika und Asien.

United World College – UWC Robert Bosch College
Das UWC ist eine von weltweit 17 Internatsschulen mit dem Konzept, junge Menschen durch internationale Bildung, Gemeinschaftserlebnisse und soziales Engagement zu mehr Toleranz und Verantwortung zu erziehen. In seinem internationalen Curriculum und intensivem außerschulischen Begleitprogramm verfolgt es außerdem einen Themenschwerpunkt auf Nachhaltigkeit.

der Projektumsetzung durch ihr Fachwissen, Orts- oder Sprachkenntnisse oder durch persönliche Kontakte in die Partnerstadt. So findet das Projekt nicht nur auf Verwaltungsebene statt, sondern bindet die Zivilgesellschaft direkt mit ein.

Auch beim Amt für Migration und Integration, das ebenfalls Kooperations- und Unterstützungsangebote leistet, laufen verschiedene Projekte. Die städtische Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement fördert die Vernetzung von Akteuren, bietet Qualifizierungsangebote und inhaltliche Impulse zur Förderung bürgerschaftlicher Ressourcen wie die bekannten Freiburger Mitmachtage. Unter Koordination des damaligen Agenda 21-Büros erhielt die Stadt Freiburg 2013 und 2015 außerdem die Auszeichnung Fairtrade-Town.[13] Viele weitere, ganz unterschiedliche Kleinprojekte laufen bei verschiedenen Ämtern, wie beispielsweise die Aktion „Bachpaten“ oder „Freiburg packt an“ beim Garten- und Tiefbauamt.[14]

Finanzielle Förderungen können engagierte Gruppen im Eine-Welt-Bereich für ihre Vorhaben über den städtischen Projektefond, der jährlich insgesamt 5.000,- Euro für zivilgesellschaftliches Engagement in Freiburg bereitstellt, oder über den Zuschussantrag bürgerschaftliches Engagement beantragen. Für beide Antragsverfahren ist die Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement verantwortlich. Weitere finanzielle Mittel können potenziell gewonnen werden, indem Initiativen ihre Projekte für eine Förderung im Beteiligungshaushalt vorschlagen.

2.3 Überregionale Organisationen und Bildungseinrichtungen

Freiburg ist Standort einiger Institutionen von überregionaler Bedeutung, die zur Bearbeitung der SDGs beitragen. Größere gemeinnützige Organisationen, wissenschaftliche Institute und entwicklungspolitische Consulting-Unternehmen setzen eigene Projekte der internationalen Zusammenarbeit um oder beraten und begleiten öffentliche Akteure in Deutschland und weltweit in der Bearbeitung der SDGs (siehe Textbox 11). Hochschulen und Bildungseinrichtungen haben in Forschung, Lehre, Wissenstransfer und in internationalen Kooperationen die Möglichkeit, die Agenda 2030 zu fördern (siehe Textbox 10). Vor dem Hintergrund lässt sich die gesamtstädtische Umsetzung der Agenda 2030 vor allem durch drei kontextuelle Merkmale charakterisieren:

Erstens ist Freiburg eine Universitätsstadt. Mit einer großen Voll-Universität und fünf weiteren staatlich anerkannten

13 https://www.freiburg.de/pb/,Lde/843151.html
14 Eine weiterführende thematische Übersicht hierzu finden Sie auf der städtischen Homepage unter „Kommunale Entwicklungspolitik: https://www.freiburg.de/pb/,Lde/1138721.html

Hochschulen entsteht ein dichtes Netzwerk an Wissenserzeugung und -verarbeitung. Hiervon profitieren gemeinnützige Organisationen ebenso wie die Stadtverwaltung; gleichzeitig tragen sie selbst zu einem dynamischen Wissens- und Personalaustausch bei.

In der Forschung wird Wissen über Ursachen und mögliche Umgangsweisen mit SDG-relevanten Herausforderungen produziert, so beispielsweise am Institut „Nachhaltigkeit und Environmental Governance“ an der Fakultät für Umwelt und Natürliche Ressourcen der Universität Freiburg. Im geographischen Institut der Universität wird derzeit gemeinsam mit dem Öko-Institut e. V. eine „Brückenprofessur“ zu Nachhaltigkeit und Transformation eingerichtet. Im Leistungszentrum Nachhaltigkeit, welches die fünf Freiburger Fraunhofer-Institute und die Universität zusammenbringt, liegt der Schwerpunkt auf der Erforschung technikbasierter Nachhaltigkeitslösungen.

Aus der Forschung ergeben sich Möglichkeiten des Wissenstransfers in andere gesellschaftliche Bereiche. Durch praxisrelevante Fragestellungen kann die Wissenschaft so zu einem erweiterten gesellschaftlichen Problemverständnis und konkreten Umgangsmöglichkeiten beitragen. An der Pädagogischen Hochschule wird beispielsweise Forschung und Beratung zur Wirksamkeit von BNE-Maßnahmen durchgeführt. Im Kommunenwettbewerb „Zukunftsstadt“ engagierten sich Wissenschaft, Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft im Sinne einer transdisziplinären Zusammenarbeit gemeinsam für zukunftsorientierte Themen und Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung auf kommunaler Ebene (siehe Textbox 12).[15]

Auf kommunaler Ebene beraten ansässige Organisationen die Stadtverwaltung. Das Öko-Institut e. V. hat beispielsweise das städtische Klimaschutzkonzept weiterentwickelt, ICLEI unterstützt die Stadtverwaltung im Austausch mit anderen europäischen Städten und Projekten. Mehrere wissenschaftliche Institutionen und weitere gemeinnützige Organisationen bringen über den Freiburger Nachhaltigkeitsrat ihre Expertise ein. Der Rat stellt auch für Mitglieder untereinander eine wichtige Begegnungsstelle dar. Für die Begegnung von Zivilgesellschaft und anderen ansässigen Organisationen ist der Rat eine der wenigen regelmäßigen Austauschplattformen, da eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen lokalen Gruppen und überregional tätigen Institutionen ansonsten eher selten zustande kommt. Da die Beratungsaufgabe des Rates auf nachhaltiger Stadtentwicklung liegt, wird die internationale Umsetzung der Agenda 2030 im Rat insgesamt selten thematisiert.

Durch die Gestaltung neuer, nachhaltigkeitsrelevanter Lehr- und Lerninhalte werden Bildungseinrichtungen ihrer Verantwortung als Multiplikatorinnen zukünftiger Generationen gerecht. An mehreren

TEXTBOX 11

Gemeinnützige Organisationen

ICLEI Europe – Local Governments for Sustainability
ICLEI unterstützt Kommunen weltweit in der nachhaltigen Stadtentwicklung. Der Verband von Städten, Gemeinden und Landkreisen hat über 1,500 Mitglieder in über 124 Ländern. In Freiburg ist das Europa-Sekretariat des Verbands ansässig. Es führt hauptsächlich Beratung und Entwicklungsprojekte in Europa durch, ist jedoch auch durch einige Projekte in Asien und Afrika aktiv. Projekte im globalen Süden organisieren beispielsweise direkten Fachaustausch oder fördern kommunale Entwicklungspartnerschaften.

Öko-Institut e. V.
Die Forschungseinrichtung arbeitet zu verschiedenen Themen ökologischer Entwicklung und berät Entscheidungsträger_innen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vor allem in Deutschland, aber zunehmend auch weltweit. Zu den Kernthemen mit entwicklungspolitischem Bezug zählen Klima und Verkehr, nachhaltige Produktion und Konsum sowie Ressourcen und Abfallwirtschaft, hier insbesondere Elektroschrott in Ghana und Feststoffabfall in Asien.

Caritas International
Als Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes e. V. führt Caritas international Not- und Katastrophenhilfe auf der ganzen Welt durch. Derzeit verfolgt es 681 Projekte in 82 Ländern. Viele Projekte können direkt mit einzelnen SDGs in Verbindung gestellt werden. Die Arbeit erfolgt durch eine große Partnerstruktur an Caritas-Vertretungen in den jeweiligen Ländern. Mit ihrem Tätigkeitsprofil genießt die Caritas international in Südbaden ein Alleinstellungsmerkmal.

Arnold-Bergstraesser-Institut e. V.
Das An-Institut der Universität Freiburg arbeitet regional vergleichend zu Transformationsprozessen in Afrika, Lateinamerika, Nahost und Asien. Themenschwerpunkte sind Governance, Konflikt & Fragilität sowie Flucht & Migration. Neben Grundlagenforschung findet auch forschungsbasierte Politikberatung statt, beispielsweise zu Migrationspolitiken in afrikanischen Ländern. Durch Vorträge und die Ausrichtung verschiedener Seminare ist das Institut im Bildungsbereich aktiv.

15 Unter dem Konzept der „citizen science“ (engl. für „Bürgerwissenschaft“) werden Forschungsprojekte verstanden, die mit Beteiligung von oder alleinig durch Bürger_innen ohne wissenschaftlichen Bezug durchgeführt werden. Sie ermöglichen mehr und intensivere Beteiligung der Bevölkerung an der Erzeugung wissenschaftlicher Erkenntnisse.

TEXTBOX 12

Das „Reallabor Zukunftsstadt“

Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Kommunenwettbewerb „Zukunftsstadt“ wurde in Freiburg von Juli 2015 bis Juni 2018 durchgeführt. Ausgehend von der Frage, welchen Beitrag eine Kommune leisten kann, um den SDGs Rechnung zu tragen, entwickelten in einem transdisziplinären Prozess Wissenschaft, Wirtschaft und Bürgerschaft einen gemeinsamen Beitrag zur Vision 2030 der Stadt Freiburg. Zentral setzten sie sich mit den drei Zukunftsthemen „nachhaltige Energieversorgung“, „regionales Ernährungssystem“ und „neue Wirtschaftsformen“ auseinander. Auf dieser Grundlage wurde mit mehr als 30 Partnerorganisationen ein facettenreiches Umsetzungskonzept als Bewerbung um ein urbanes Reallabor mit Fokus auf ein „Nachhaltiges Ernährungssystem Freiburg 2030 “ eingereicht, welches jedoch im weiteren Verlauf des Wettbewerbs keine Berücksichtigung finden konnte. Die im Prozess erarbeiteten Visionen flossen auch in die Fortschreibung der Freiburger Nachhaltigkeitsziele ein.

Weitere Informationen finden sich unter https://zukunftsstadt.freiburg.de

Freiburger Hochschulen wurde das Thema Nachhaltigkeit in den Fachcurricula verankert. Zusätzlich entstanden neue Studiengänge mit direktem Nachhaltigkeitsbezug, beispielsweise der „Master of Environmental Governance“, der umwelt- und sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Nachhaltigkeit verbindet. Die 2014 eröffnete Internatsschule UWC Robert Bosch College richtet ihr gesamtes Bildungskonzept und Lerninhalte am Schwerpunkt Nachhaltigkeit aus. Auch der zivilgesellschaftliche Bereich profitiert von Studierenden, die sich mit Aspekten von nachhaltiger Entwicklung auseinandersetzen. Es entstehen immer wieder innovative zivilgesellschaftliche Initiativen im studentischen Raum, die sich auch längerfristig über den studentischen Kreis hinaus etablieren.

Die engen Wissensnetzwerke tragen auch zu einer hohen internationalen Vernetzung bei, beispielsweise durch Gastwissenschaftler_innen, Forschungskooperationen oder ausländische Studierende. So ist das Goethe-Institut mit einem von zwölf deutschen Standorten in Freiburg vertreten. Es bietet Deutsch-Sprachkurse an, die zu 40 % von zukünftigen Studierenden genutzt werden. Zusätzlich werden mit Unterstützungsmitteln von Stiftungen Deutsch-Kurse für Geflüchtete mit bestimmten Fähigkeitsprofilen angeboten, um sie auf den deutschen Hochschul- und Arbeitsmarkt zu integrieren.

Hochschulen nutzen ihre internationalen Netzwerke, um nachhaltige Entwicklung in der internationalen Dimension zu unterstützen. Viele Kooperationen laufen auf Instituts- oder Lehrstuhlebene und werden nicht zentral erfasst oder gesteuert.[16] In Hochschulpartnerschaften können Nachhaltigkeitsthemen umfassender gemeinsam bearbeitet werden. Die Katholische Hochschule pflegt beispielsweise ein dichtes weltweites Netz an Partnerhochschulen für Lehr- und Studierenden-Austausch und Praktika (darunter in Äthiopien, Brasilien, Bolivien, Chile, Georgien, Israel, Marokko, Südafrika und der Ukraine).

Auch die Universität Freiburg pflegt auf unterschiedlichen Ebenen Kontakte zu einer Vielzahl an Hochschulen weltweit (unter anderem in Brasilien, Argentinien, Indonesien, Vietnam, Südkorea, Namibia, Iran und Ukraine)[17]. Für einen Austausch zu Nachhaltigkeitsthemen spielten bisher Südkooperationen keine primäre Rolle. Vielmehr wird das globale Lernen im Rahmen aller internationalen Hochschulpartnerschaften für nachhaltige Entwicklung als wichtig erachtet. Zurzeit wird jedoch in Ghana die erste afrikanische Universitätspartnerschaft angebahnt. Diese wird durch den Aufbau eines internationalen Forschungskollegs in Ghana zu „Sustainable Governance“[18] zusätzlich gestärkt. Die Evangelische Hochschule verfolgt in ihren internationalen Aktivitäten unter anderem ein praxisorientiertes Konzept. Durch eine Partnerschaft mit „Brot für die Welt“ werden Praktikumsplätze in bestehende Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit eingebunden, schwerpunktmäßig in Namibia, Kamerun, Uganda, Indien, Brasilien, Argentinien, Paraguay und Costa Rica.

16 Aufgrund dieser Sachlage kann hier nicht im Detail dargestellt werden, welche internationalen nachhaltigkeitsrelevanten Aktivitäten an Freiburger Hochschulen stattfinden.

17 Abfrage über das Datenportal der Hochschulrektorenkonferenz zu Kooperationen an deutschen Hochschulen: https://www.internationale-hochschulkooperationen.de/deutsche-hochschulen.html

18 Das „MIASA – Maria Sibylla-Merian-Institute for Advanced Studies in Africa“ ist eines von weltweit derzeit vier Merian-Zentren, durch die das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Internationalisierung der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften in Deutschland und der Welt ausbaut. http://www.mias-africa.org/

Ein zweites prägendes Merkmal von Freiburg als entwicklungspolitischem Standort ist der lange etablierte **Umweltschwerpunkt**. Als eine der Geburtsstätten „grüner“ politischer Kultur in Deutschland hat sich die Stadt über diverse Auszeichnungen als „Ökohauptstadt“ (1992), „zukunftsfähige Kommune“ (2004) und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ (2010) zur „Green City“ gewandelt. Unter diesem Begriff vermarktet die Stadtverwaltung diesen umweltpolitischen Schwerpunkt und hat damit beachtliche weltweite Strahlkraft entwickelt. Die hohe Relevanz des Themenbereichs ist aber nicht zuletzt auf Freiburgs aktive Bürgerschaftskultur zurückzuführen. Bereits seit den 1970er Jahren forderte die Zivilgesellschaft insbesondere in Umweltfragen politisches Mitspracherecht ein. Auch unter ortsansässigen Institutionen mit entwicklungspolitischer Relevanz lässt sich die gesamtstädtische Ausrichtung auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz erkennen. Beispielsweise hat das Öko-Institut e. V., ein Umweltforschungsinstitut mit rund 180 Mitarbeitenden an drei Standorten, seinen Hauptsitz in Freiburg. Auch ICLEI, das weltweit Kommunen in ihrer Nachhaltigkeitstransformation unterstützt, hat sein Europa-Sekretariat in Freiburg angesiedelt.

Durch den etablierten Umweltschwerpunkt profitieren die ansässigen Institutionen von der Bandbreite nachhaltiger stadtplanerischer Ansätze als Anschauungsbeispiele und Referenz. Sie stehen in fachlichem Austausch und führen gemeinsam Veranstaltungen und Projekte durch. Beispielsweise startete im Forschungsbereich „Nachhaltigkeit und Environmental Governance“ der Universität Freiburg im Januar 2019 ein von der EU gefördertes Projekt „Arenas for sustainable and just cities“ zur Erzeugung einer Austausch- und Planungsplattform zwischen Wissenschaft und Stadtplanung, an welchem auch ICLEI beteiligt ist.

Die internationale Zusammenarbeit mit Ländern im globalen Süden stellt für die großen gemeinnützigen Organisationen mit umweltpolitischem Schwerpunkt eine Komponente ihres Tätigkeitsspektrums dar. Ihre Expertise ist für die ökologische Dimension verschiedener SDGs weltweit von Relevanz. Durch Beratungsaufträge weltweit beteiligen sie sich an der nachhaltigen Entwicklung auch im „globalen Süden“. Beispielsweise arbeitet das Öko-Institut e. V. zum Umgang mit Elektroschrott in afrikanischen Ländern und führt Projekte mit lokalen Partner_innen durch.

Drittens ist Freiburg **Sitz des Erzbistums Freiburg**, dem zweitgrößten Bistum Deutschlands. Die kirchlichen Strukturen und Netzwerke umfassen neben aktiven Kirchengemeinden zentrale katholische Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen, allen voran der Deutsche Caritasverband, der in Freiburg seinen Hauptsitz hat und die Katholische Hochschule. Innerhalb der Erzdiözese ist das Referat Weltkirche für die Koordination und Förderung des internationalen Engagements der Erzdiözese und seiner Gemeindemitglieder, beispielsweise Freiwilligendienste und Hilfsprojekte, zuständig. Seit

1986 besteht eine Partnerschaft zwischen der Erzdiözese und der Katholischen Kirche in Peru. Die Partnerschaft stellt einen systematischen Schwerpunkt des ehrenamtlichen Engagements dar. Sie wird durch einzelne Partnerschaften der Freiburger Pfarreien mit Partnergemeinden in Peru belebt.

Mit engen Verbindungen zur Erzdiözese trägt auch Caritas international die kirchlichen Netzwerke vor Ort mit. Unter anderem erfolgt eine Abstimmung über Themen und Projekte im Ausland, um Synergien zu schaffen oder Doppelungen zu vermeiden. Mit der Freiburger Stadtverwaltung kooperiert sie im Aktionsbündnis „Südbaden hilft“ zur Spendenakquise bei schwerwiegenden humanitären Katastrophen. Caritas international leistet durch ihr Engagement im weltweit dichten Caritas-Netzwerk humanitäre Arbeit. Auch wenn Katastrophenhilfe im Vergleich zur Entwicklungszusammenarbeit relativ kurzfristig angelegte Projekte durchführt, verwischt die konzeptionelle Trennung nicht zuletzt durch die Zunahme und Verstetigung klimatisch bedingter Notsituationen zunehmend.

3. Fazit und Ausblick

Städten kommt durch die Agenda 2030 mehr Verantwortung zu, sich auch mit der Förderung der SDGs in der internationalen Dimension auseinanderzusetzen. Aufgrund des ausgeprägten zivilgesellschaftlichen Engagements und der Präsenz diverser aktiver Institutionen bietet Freiburg eine gute Ausgangsbasis für eine intensive Zusammenarbeit zu internationalen Nachhaltigkeitsthemen. Mit der Etablierung einer Koordinationsstelle für kommunale Entwicklungspolitik ist ein Grundstein gelegt, dieses Potenzial seitens der Stadtverwaltung weiter zu fördern.

Freiburger_innen setzen sich in vielfältiger Weise mit unterschiedlichen Entwicklungsherausforderungen auseinander. Sie setzen ihr Engagement ein, um soziale, ökologische und wirtschaftliche Bedingungen hin zu mehr globaler Gerechtigkeit zu transformieren. Das Spektrum ihres Engagements reicht von internationaler Zusammenarbeit, durch die direkte Unterstützung im globalen Süden geleistet wird, über Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit in Deutschland bis hin zu politischem Engagement, das sich für konsequente Nachhaltigkeitspolitik stark macht.

Das heterogene zivilgesellschaftliche Engagement für die Eine Welt bildet sich auf einer **Achse von lokaler bis globaler Orientierung** ab. Dies wird nicht zuletzt an der thematisch breiten Ausrichtung des Eine-Welt-Forums deutlich, in der die Auseinandersetzung mit den notwendigen gesellschaftlichen Transformationen in Industrienationen ihren Platz hat. Auch die Nachhaltigkeitspolitik der Freiburger Stadtverwaltung spiegelt dieses Kontinuum wider. Die Stadtpolitik setzt sich engagiert für die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele ein. Die primäre Zuständigkeit der Kommunalverwaltung liegt in der Lokalisierung der SDGs. Gerade im umweltpolitischen Bereich weist die „Green City“ hohe Ambitionen auf. Viele umweltpolitische Themen sind auch hinsichtlich ihrer globalen Auswirkungen relevant. Darüber hinaus existieren zwei explizit entwicklungspolitische Nachhaltigkeitsziele und einzelne Projekte der Entwicklungszusammenarbeit werden im Rahmen von Städtepartnerschaften realisiert.

Eine weitere relevante **Achse** betrifft die Frage der **Zuständigkeit zwischen öffentlichem Sektor und Zivilgesellschaft** bezüglich der Bearbeitung der Nachhaltigkeitsthemen. Seit den 2000er Jahren – mit mehr gesellschaftlicher Aufmerksamkeit für Globalisierungsprozesse und grenzüberschreitenden Problemen – erfährt der entwicklungspolitische zivilgesellschaftliche Sektor erheblichen Zuwachs. Staatliche Akteure erkennen die Leistungen von Nicht-Regierungsorganisationen zunehmend an, unter anderem weil dem wachsenden Problemdruck nicht ausreichend staatliche Lösungskompetenz entgegengestellt werden kann (Stickler 2005, S. 71ff.). Durch einen integrativen Politikstil demokratisch offener politischer Systeme kann die Zivilgesellschaft verschiedene Funktionen übernehmen, als Problemindikator und Kritikerin, als Legitimationsstütze politischer Entscheidungsfindungen und als Ratgeberin bei der Politikimplementierung (ebd.). Gleichzeitig leisten sie selber direkte Beiträge zur Umsetzung der Agenda 2030, die von öffentlichen Institutionen gestützt werden können. Der Bedarf, das Interesse und die Bereitschaft vieler Freiburger zivilgesellschaftlicher Gruppen, solche Rollen intensiver zu übernehmen bzw. Angebote anzunehmen, sind klar erkennbar.

Die Erwartungen verschiedener Gruppen, was diese intensivere Zusammenarbeit beinhalten könnte und welche Rollen dem öffentlichen Sektor und der Zivilgesellschaft

Abb. 27: Ergebnisse einer Dialogveranstaltung von Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft am 11. März 2019 zur Diskussion der vorläufigen Studienergebnisse und Planung weiterer Schritte

dabei zukommen, sind auf der **Achse zwischen dem Bedarf an Unterstützung und der Wahrung der Unabhängigkeit** breit gestreut. Einerseits können gezielte Unterstützungsangebote der Stadt konkrete Hilfestellung bedeuten, andererseits reduziert sich mit ihnen die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft von der Politik. Hier besteht durchaus Potenzial für mehr Sichtbarkeit und Wirksamkeit der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten durch Zusammenarbeit mit der Stadt. Jedoch ist noch nicht geklärt, wie diese Kooperation konkret aussehen könnte und welche praktischen Gewinne einerseits und Autonomieverluste andererseits diese für zivilgesellschaftliches Engagement mit sich brächte.

Dieser Unklarheit kann die Stadtverwaltung mit einem Prozess strategischer Planung ihrer kommunalen Entwicklungspolitik begegnen. Im Planungsprozess können folgende Aspekten Beachtung finden:

1. Die strategische Planung der Stadt kann die Rolle des zivilgesellschaftlichen Sektors für die kommunale Entwicklungspolitik präziser definieren. Dafür ist auch zu klären, ob und wie die Zivilgesellschaft in diese strategische Planung mit eingebunden wird.
2. Es bedarf einer Kommunikationsstruktur, in der sich die verschiedenen entwicklungspolitischen Akteure in Freiburg über ihre Aktivitäten sowie Möglichkeiten neuer gemeinsamer Vorhaben regelmäßig austauschen. Für ein gesamtstädtisches Vorhaben wäre es möglich, hier auch größere Organisationen einzubinden.
3. Es sind strategische Abwägungen sowie eine klare Kommunikation darüber erforderlich, welche Unterstützungsleistungen die Stadtverwaltung anbietet. Hierfür ist weitere Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Akteuren sinnvoll.
4. Der fachliche Austausch zwischen Zivilgesellschaft und städtischen Vertreter_innen als zentrales Vernetzungselement kann systematisch ausgebaut werden.

Literaturverzeichnis

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2018): Entwicklungspolitik 2030. Neue Herausforderungen – neue Antworten. BMZ Strategiepapier. Online verfügbar unter: https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier455_06_2018.pdf [01.03.2019].

Die Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016. Online verfügbar: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/730844/3d30c6c2875a9a08d364620ab7916af6/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-neuauflage-2016-download-bpa-data.pdf?download=1 [01.03.2019].

Eberlei, Walter (2015): Zivilgesellschaft und Entwicklungsregime – Agenda-Setting und Regime-Buildung im Post-2015-Prozess. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Nr. 8, S. 611–631.

Fowler, Alan (2000): NGDOs as a moment in history: Beyond aid to social entrepreneurship or civic innovation? In: Third World Quarterly, Jg. 21, Nr. 4, S. 637–654.

IMA Stadt (2017): Bericht des interministeriellen Arbeitskreises „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“. Online verfügbar unter: https://www.innovationsplattform-zukunftsstadt.de/files/IMA-Stadt_Bericht%202017.pdf [01.03.2019].

Martens, Jens (2017): Zielkonflikte und Widersprüche bei der Umsetzung der SDGs Wer hat die Gestaltungsmacht über die globale Nachhaltigkeitsagenda?. In: Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs. Essays zum 80. Geburtstag von Franz Nuscheler. Hrsg. von Tobias Debiel, S. 117–121.

Priemer, Jana, Krimmer, Holger & Labigne, Anaël (2017): Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. ZiviZ-Survey 2017. Online verfügbar unter: https://www.ziviz.info/ziviz-survey-2017 [01.03.2019].

Priller, Eckhard & Zimmer, Annette (2001): Der Dritte Sektor in Deutschland – seine Perspektiven im neuen Millennium. Hrsg. von der Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft, Institut für Politikwissenschaften, Westfälische Wilhelms-Universität Münster.

Rat für Nachhaltige Entwicklung (2015): Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen. Hrsg. von den am Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligten Oberbürgermeister_innen. Berlin: PPPP Service & Verlag, Norbert Wege e. K.

Roose, Jochen & Adloff, Frank (2011): Geld stinkt nicht? Zivilgesellschaft zwischen Abhängigkeit und Autonomie. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Nr. 1, S. 3–6.

Spielmans, Heike (2014): Keine Entwicklung ohne Zivilgesellschaften. Ihre Bedeutung und Aufgaben in der Entwicklungspolitik. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft Nr. 3. Online verfügbar unter: https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_spielmans_140214.pdf [01.03.20190].

Stickler, Armin (2005): Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance. Eine kritische Bestandsaufnahme. Bielefeld: transcript Verlag.

UN Global Taskforce (2016): Roadmap for localizing the SDGs: Implementation and monitoring at subnational level. Online verfügbar unter: https://www.uclg.org/sites/default/files/roadmap_for_localizing_the_sdgs_0.pdf [01.03.20190].

Umweltbundesamt, Burger, Annika, Ulrich, Peter & Kuhn, Stefan (2017): Auswertung der Agenda 2030 und Folgeaktivitäten hinsichtlich ihres kommunalen Bezugs. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/auswertung-der-agenda-2030-folgeaktivitaeten [01.03.2019].

Impressum

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stadt Freiburg verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

© 2019 Stadt Freiburg im Breisgau

Redaktionell verantwortliche Person:	Judith Altrogge, ABI
Weitere Mitwirkende:	Günter Burger, Referat für Internationale Kontakte
	Simone Pflaum, Nachhaltigkeitsmanagement
	Isabel Di Stasio, Referat für Internationale Kontakte
	Martin Adelmann, ABI
	Roxana Zimmermann, ABI
	Leonie Bröcheler, ABI
Lektorat, Korrektorat:	Stadt Freiburg i. Br.
Gestaltung und Satz:	Weiß-Freiburg GmbH — Graphik & Buchgestaltung
Umschlagmotiv:	©tai111 – stock.adobe.com
Druck:	Schwarz auf Weiss Litho und Druck GmbH
	Freiburg im Breisgau

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Herausgebers und des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

THE GLOBAL GOALS https://www.globalgoals.org/

Freiburg IM BREISGAU

ABI ARNOLD BERGSTRAESSER INSTITUT

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Mit Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung